C 21734 D



PORTUGAL-SOLIDARITÄT
EXTRA
Arbeiterkampf
SEPTEMBER 1975
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM -,50



Portugal darf nicht das Chile Europas werden







Portugal darf nicht das Chile Europas werden

Unter der Parole „Portugal darf nicht das Chile Europas werden" findet in allen Ländern Westeuropas in der Zeit vom 21. bis 27. September eine internationale Woche der Solidarität mit der portugiesischen Revolution statt. Als Höhepunkt werden am 27. September Demonstrationen in zahlreichen Städten stattfinden.
Warum diese Solidaritätswoche unter dieser Parole?

In Chile wurde am 11. September 1973 durch einen Militärputsch die Regierung Allende gestürzt, die eine Politik sozialer Reformen und nationaler Unabhängigkeit vor allem gegenüber den USA betrieben hatte. Zehntausende von Arbeitern, Angestellten, Landarbeitern, Kleinbauern wurden ermordet oder verhaftet und vielfach bestialisch gefoltert. Noch heute, zwei Jahre danach, kann sich das Militärregime nur mit totalem faschistischen Terror an der Macht halten. Das Leben des Volkes wird von der Unterdrückung aller demokratischen Rechte, von Massenarbeitslosigkeit und einer in der Welt einmaligen Inflationsrate bestimmt.

Die Portugal-Solidaritäts-Woche wendet sich dagegen, daß Portugal von seiten des Imperialismus und der Reaktion dasselbe Schicksal droht.

Seit dem Sturz der faschistischen Diktatur am 25. April 1974 hat sich die Arbeiterklasse viele Rechte in den Betrieben, Wohnvierteln und teilweise auch schon im Staat erobern können. Soldaten und Unteroffiziere haben sich das Recht genommen, sich zu organisieren, ihre Interessen zu diskutieren, ihre Forderungen anzumelden und schädliche Befehle zu verweigern.

Das nach dem 25. April 1974 errichtete reaktionäre Spinola-Regime, das dem arbeitenden Volk viele Rechte vorenthalten wollte (Einschränkung der Pressefreiheit, des Streikrechts usw.) mußte abdanken.

Imperialismus und Reaktion haben mehrfach versucht, diese Entwicklung aufzuhalten, weil sie kein sozialistisches Portugal wollen. Denn dieses wäre ein großer Ansporn vor allem für die Völker Spaniens (wo der Kampf zum Sturz der faschistischen Franco-Diktatur immer breiter und stärker wird), Italiens und Frankreichs.

Zuletzt scheiterte am 11. März ein Putschversuch der Reaktion. Spinola und viele seiner Anhänger verzogen sich ins Ausland (Spinola z.B. ins „Folter-Paradies" Brasilien) und warten auf ihre Stunde.

Der „schleichende Putsch"

Heute vollziehen sich die Putschvorbereitungen schrittweise, im Gewand des Sozialdemokratismus von Soares und der sogenannten „gemässigten" Offiziere.

Inhalt dieser Putschvorbereitungen ist die allmähliche „Säuberung" der Armee von linken Offizieren, der Angriff auf die demokratischen Rechte der Soldaten und die Wiederherstellung der „militärischen Disziplin" sowie ein Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit des Volkes. Dies alles geschieht zynischerweise unter verlogenen Phrasen, die „Demokratie zu verteidigen", „den Pluralismus der Presse zu garantieren" usw.

Jüngster Schritt dieses „schleichenden Putsches" ist das vom „Revolutionsrat" am 8. September erlassene Pressegesetz. Es verbietet der Presse und dem Rundfunk, Berichte über Vorgänge in den Kasernen sowie Stellungnahmen und Resolutionen von Soldaten zu veröffentlichen. Falls gegen dieses Gesetz verstoßen wird, droht für Tageszeitungen ein Verbot von ein bis zehn Tagen, für nicht-tägliche Publikationen (Wochenzeitungen etc.) ein Verbot bis zu 40 Tagen!



Ausdrücklich ausgenommen von diesem Gesetz sind nur die höchsten Militärführer. Nur sie dürfen noch Stellungnahmen veröffentlichen und Interviews geben.

Dieses Gesetz ist also keineswegs nur und nicht einmal in erster Linie ein Angriff auf die Pressefreiheit. Vor allem ist es ein Angriff auf die demokratischen Rechte der Soldaten – sie dürfen zwar (vorläufig) noch Beschlüsse verfassen und Stellungnahmen zu politischen Vorgängen abgeben – nur veröffentlicht werden soll davon nichts mehr in der Presse! Praktisch geht es darum, die fortschrittlichen Soldaten und Unteroffiziere mundtot zu machen und das „Bündnis MFA–Volk" zu zerstören.

Vorausgegangen waren:

- Die „Suspendierung" der 5. Division und die Besetzung ihrer Räume; die 5. Division war bis dahin die Propaganda-Abteilung des MFA; sie steht den Linken nahe und hat eine wichtige Rolle im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion gespielt.
- „Umstrukturierung" der Versammlungen des Heeres und der Luftwaffe, d.h. Verdrängung der Soldaten und Unteroffiziere aus diesen Gremien sowie gezielter Ausschluß fortschrittlicher Offiziere.
- Absetzung des Kommandanten der Militärregion Nord, der in Opposition zu den sogenannten „Gemäßigten" steht.
- Ausschluß von Linken aus dem „Revolutionsrat", dem Führungsgremium des MFA.
- Sturz des linken Ministerpräsidenten Goncalves.





Im Hintergrund lauert die offene Konterrevolution

Der „schleichende Putsch" der Sozialdemokraten und „Gemäßigten" bereitet dem offenen Faschismus den Weg:

- Seit Monaten werden in Nordportugal Büros und Mitglieder linker Parteien überfallen. Wie einst im Nazi-Reich und nach dem Militärputsch in Chile gehen marxistische Bücher in Flammen auf. Hinter dieser Terror-Welle steht in erster Linie der katholische Klerus, der stets der engste Verbündete der faschistischen Diktatur war. Indem er sich die vom Faschismus hinterlasse Unwissenheit (Portugal hat den größten Prozentsatz von Analphabeten in Europa!) und den Aberglauben zunutze macht, mobilisiert der reaktionäre Klerus große Teile der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Bevölkerung Nordportugals gegen die Revolution.
- Die in Terrorbanden wie der „ELP organisierten alten Faschisten verüben Terrorakte und bereiten sich auf einen faschistischen Putsch vor.
- Spinola entwickelt eine fieberhafte Aktivität. Erst kürzlich war er in Paris, um mit Vertretern der portugiesischen Reaktion und des EG-Imperialismus zu verhandeln.
- Der Chef der PPD (sie nennt sich „sozialdemokratisch" und beruft sich auf das „Godesberger Programm" der SPD), sprach davon, 50.000 Mann gegen die Revolution zu bewaffnen! Viele alte Faschisten sind in dieser Partei „untergekrochen"

Der Imperialismus zieht die Fäden

Inzwischen spricht sogar PS-Führer Soares von der Gefahr eines faschistischen Putsches: *„Es gebe Hunderte, wenn nicht sogar Tausende von Menschen, die in Portugal, in Frankreich und an der spanisch-portugiesischen Grenze einen möglichen konterrevolutionären Putsch vorbereiten"* („Frankfurter Rundschau", 13.9.75).

Soares und die PS haben freilich selbst entscheidend dazu beigetragen, mit ihrer verlogenen Kampagne gegen die „kommunistische Gefahr" der Reaktion den Weg zu einer Gegenoffensive zu öffnen und zu ebnen. Auch heute ist absolut unklar, was die PS – von allgemeinen Reden abgesehen – konkret gegen die faschistische Gefahr tun will. Vielmehr führt sie selbst heute den Kampf in Wirklichkeit ausschließlich gegen die Linken. Die sogenannten „gemäßigten" Militärs, die heute mit dem „schleichenden Putsch" dem o f f e n e n Putsch den Weg bereiten, stehen weitgehend der PS nahe und werden von ihr unterstützt.

Dieselbe Haltung nimmt in der BRD die SPD ein. Für d i e s e Politik – und nicht für sein verlogenes „sozialistisches" Programm, mit dem er die Wahlen gewann – hat die SPD dem Soares Millionen-Beträge zur Verfügung gestellt. Dies alles witzigerweise noch unter der Parole, man wolle sich in Portugal nicht einmischen!

So wie die SPD den Soares und die PS finanziert, unterstützt die CDU/CSU entsprechend die CDS, die praktisch noch rechts von Spinola steht.

Die Bourgeoisie hat aus Chile die Lehre gezogen, einen faschistischen Putsch in der internationalen Öffentlichkeit viel gezielter propagandistisch vorzubereiten. So geht seit Monaten vor allem von der Springer-Presse, aber auch von den SPD-Zeitungen, ein Trommelfeuer aus Hetze und Lügen auf die Leser nieder. „Kommunistische Gefahr", „die ganze Presse in der Hand der Kommunisten", „Wirtschaftschaos" usw. sind die ständigen Bestandteile. Die Militärs, die heute völlig undemokratisch die Soldaten und Unteroffiziere von jeder Einflußnahme ausschalten, die ein völlig undemokratisches Presse-Gesetz erlassen usw., werden als „Gemäßigte" hingestellt, die die Demokratie in Portugal verteidigen. Die vom reaktionären Klerus verhetzten Menschen Nordportugals werden als „das Volk" hingestellt, während die fast täglich stattfindenden Massendemonstra-

tionen von Arbeitern und Soldaten zur Verteidigung der Revolution verschwiegen werden.

Kampf dem Faschismus!

In Portugal formiert sich der Widerstand gegen den „schleichenden Putsch" der „Gemäßigten" und Sozialdemokraten und gegen die offenen Faschisten:

▶ Am 20. und 27. August demonstrierten in Lissabon jeweils 100.000 Menschen für die Verteidigung der Revolution, gegen Kapitalismus und Faschismus.

▶ Einheiten der „Militärpolizei" haben sich geweigert, sich nach Angola verschiffen zu lassen, wo die „Gemäßigten" eine neue Einmischung in den vom Imperialismus geschürten Bürgerkrieg planen.

▶ Gegen das reaktionäre Presse-Gesetz vom 8. September hat sich eine breite Front gebildet; die meisten Zeitungen haben erklärt, daß sie sich nicht an dieses Gesetz halten wollen; demonstrativ haben sie unter Mißachtung des Gesetzes Resolutionen der „Militärpolizei" gegen den Einsatz in Angola veröffentlicht.

▶ Unter den fortschrittlichen Soldaten ist eine demokratische Organisation SUV gegründet worden. Die SUV versteht sich als überparteiliche, einheitliche Organisation des Klassenkampfs. Die Initiative zur Bildung der SUV ging aus von Soldaten der Militärregion Nord, vor allem als Antwort auf die Offensive der Reaktion in den Kasernen, den Angriff auf die Delegiertenversammlung der Einheiten (ADUs) und die „Hinaussäuberung" von Linken. Mit Unterstützung von Arbeiter- und Stadtteilräten sowie fast aller Organisationen der Linken führte die SUV am 10. September eine Massendemonstration in Porto mit mehreren Zehntausend Teilnehmern durch. Es kamen dabei auch Soldaten-Delegierte zahlreicher Einheiten aus ganz Portugal zu Wort.

▶ Fast täglich finden Demonstrationen für die Verteidigung der Revolution, gegen das reaktionäre Pressegesetz, gegen die Absetzung fortschrittlicher Offiziere usw. statt. In Setubal (südlich von Portugal) demonstrierten z.B. am 8. September Tausende unter der Parole „Avancar e armar o poder popular" – Vorangehen und die Volksmacht bewaffnen. Die Frage, wie einem Putsch der Reaktion und Sozialdemokratie entgegengetreten werden kann, rückt in den Betrieben, Wohnvierteln und Kasernen immer mehr in den Mittelpunkt.

▶ Mehrere linke Parteien und Or-

in den Betrieben, Wohnvierteln und Kasernen immer mehr in den Mittelpunkt.
▶ Mehrere linke Parteien und Or-

ganisationen haben eine Einheitsfront gebildet, um die Kräfte zur Verteidigung und Weiterentwicklung enger zusammenzuschließen. Dieser Front gehörte zunächst auch die revisionistische „KP" an. Sie hat sich jedoch inzwischen durch ihren Zick-Zack-Kurs der Anpassung an die Sozialdemokratie und die „Gemäßigten" selbst wieder aus dieser Einheitsfront hinausmanövriert.

Gegenwärtig gehören der Einheitsfront PRP/BR, MES, LUAR, LCI, FSP und MDP/CDE an. Bei Demonstrationen etc. kommt es häufig auch zur Zusammenarbeit mit einigen der sogenannten „marxistisch-leninistischen" Organisationen, vor allem der der UDP (andere „ml"-Organisationen sind, wie in der BRD ja auch, ins Lager der Konterrevolution übergegangen bzw. zum Anhängsel der PS von Soares geworden).

Eine Erklärung der Einheitsfront vom 10. September, in der eine Einschätzung der Lage und konkrete Kampfschritte angegeben werden, drucken wir in dieser Sondernummer ab.

Portugal darf nicht das Chile Europas werden

Mit der Taktik des „schleichenden Putsches" wird heute versucht, das Kräfteverhältnis in Portugal zugunsten der Reaktion zu verschieben. Ausschaltung linker Offiziere, „Umstrukturierung" des MFA (d.h. Abbau demokratischer Entscheidungsstrukturen im Militär), Angriff auf die Delegiertenversammlungen, auf die Meinungs- und Organisationsfreiheit der Soldaten sind Schritte dazu. Ebenso werden die fortschrittliche Presse und Rundfunk angegriffen; nicht zufällig gehört die Rückgabe der von den Arbeitern selbstverwalteten Zeitung „Republica" und des Radiosenders „Renascenca" an ihre früheren Besitzer zu den Kernforderungen der PS des Soares.

Weitere Schritte werden sich zweifellos auf die Ausschaltung oder Auflösung von „unzuverlässigen" (d. h. fortschrittlichen, gegen einen Putsch eingestellten) Teilen der Streitkräfte richten. Der Versuch, Einheiten der „Militärpolizei" nach Angola zu schicken und die Androhung von „strengen Disziplinarmaßnahmen" nach deren Weigerung, ist ein erstes Beispiel dafür.

Die „gemäßigten" Militärs und die PS des Soares behaupten – ebenso wie hierzulande die SPD – daß sie in Portugal nicht den Faschismus, sondern eine „pluralistische Demokratie" errichten wollen, womöglich

wie hierzulande die SPD – daß sie in Portugal nicht den Faschismus, sondern eine „pluralistische Demokratie" errichten wollen, womöglich

sogar einen sogenannten „demokratischen Sozialismus".

Unabhängig von den Absichten einzelner ist diese Alternative kaum noch möglich. Die Klassenkämpfe in Portugal haben einen Stand erreicht, wo nur die Alternative steht: Vorangehen zum Sozialismus oder Terrorherrschaft der Reaktion und des Imperialismus. Denn Reaktion und Imperialismus wissen, daß sich die Arbeiter und Soldaten nicht freiwillig die erkämpften Rechte werden nehmen lassen.

Es ist daher wohl auch kein Zufall, daß die PS k e i n e einzige Demonstration gegen die faschistische Gefahr unterstützt hat, daß sie k e i n e n einzigen konkreten Vorschlag zur Bekämpfung der Faschisten macht (wohl aber die Rückgabe von „Republica" und „Radio Renascenca" zur Voraussetzung einer Regierungsbeteiligung macht!), daß auch ihre Hintermänner in der SPD-Führung nicht gegen die faschistische Gefahr auftreten, sondern ihre antikommunistische Lügen-Kampagne fortsetzen.

In den kommenden Wochen wird sich der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution in Portugal zweifellos verschärfen und zuspitzen. Es ist gut, daß sich – anders als noch im Falle Chiles – heute schon v o r h e r eine breite internationale Solidarität formiert, um die Verteidigung der portugiesischen Revolution zu unterstützen.

Das zeigt, daß die Linke, insbesondere unter dem Eindruck der portugiesischen Revolution, insgesamt Schritte zu einer größeren Einheit und intensiveren Diskussion ihrer Erfahrungen getan hat. Auch das halten wir für sehr wichtig.

In diesem Sinn fordern wir alle westdeutschen Revolutionäre und Demokraten auf, keine Anstrengungen zu scheuen, die internationale Portugal-Woche – und insbesondere den Demonstrationstag am 27. September – zu einem optimalen Erfolg der Solidarität mit der portugiesischen Revolution zu bringen. Darüberhinaus halten wir es für wichtig, die begonnene Solidaritäts-Arbeit und politische Diskussion zu Portugal mit Abschluß der Portugal-Woche keinesfalls wieder einzustellen, sondern im Gegenteil, mit Zielstrebigkeit und Kontinuität weiter voranzubringen. In Portugal fällt eine für das gesamte Westeuropa wichtige Teilentscheidung zwischen den Kräften der Freiheit und denen der Reaktion und des internationalen Imperialismus: Portugal darf nicht das Chile Europas werden! ●

Leitendes Gremium des Kommunistischen Bundes



Auszüge aus dem COPCON-Papier

Kritik am „Dokument der Neun"

1. Die Lösung der gegenwärtigen Lage, für die das MFA in hohem Maße verantwortlich ist, kann nicht mit rechtsgerichteten Heilmitteln gefunden werden, wie es das Dokument vorschlägt, das zu dieser Stellungnahme geführt hat. Es ist sicher nicht die Aufrechterhaltung von Bündnissen in derRegierung, die ein Voranschreiten beim Aufbau des Sozialismus gestatten wird. Nicht die gleichzeitige Ablehnung der Sozialdemokratie, des Staatskapitalismus, der Volksdemokratie und der Errungenschaften der werktätigen Klassen wird es diesen erlauben, die Führung des Prozesses zu übernehmen oder auch nur die schon erreichten Positionen zu festigen.

Der vorgelegte Vorschlag führt zum Bodengewinn der Rechten, indem er ihr ein Manövrierfeld zur Zer-

gen.
Der vorgelegte Vorschlag führt zum Bodengewinn der Rechten, indem er ihr ein Manövrierfeld zur Zer-

störung der Revolution öffnet – ungeachtet der demokratischen und patriotischen Absichten derjenigen, die das Dokument unterschrieben haben.

2. Die vorgelegte wirtschaftliche Perspektive der Stärkung der Verbindungen mit der EG und EFTA würde die Unterwerfung des Landes unter eine schändliche wirtschaftlich-finanzielle und politische Abhängigkeit verstärken; wer noch Illusionen über ihre Absichten hatte, verlor sie völlig angesichts der letzten Forderungen, die zur Konkretisierung der „Finanzhilfe für Portugal" gestellt wurden. Die Wiederbelebung der Privatinitiative mittels massenhafter Investitionen des ausländischen Finanzkapitals führt zum schlichten Verlust der nationalen Unabhängigkeit. Es reicht nicht zur Maskierung dieses Unheils, wenn man sagt, daß man auch mit der Dritten Welt und den Ländern des Ostens Handel treiben müsse. Nicht indem man dem Imperialismus die Tore öffnet, kann es gelingen, eine korrekte Entkolonialisierung der noch unter portugiesischer Verwaltung befindlichen Gebiete, die gleichfalls Opfer der imperialistischen Ausbeutung sind, zum Abschluß bringen.

3. Nicht indem man einePosition über den Parteien einnimmt, ohne Abgrenzung gegenüber den Rechtsparteien, kann man die Glaubwürdigkeit wiedergewinnen ... Wie kann sich ein Plan links nennen, der die Rolle der Massen verschwinden läßt und der die Aktion ihrer Avantgarden ablehnt?

Wie kann man das Tempo der Nationalisierung „kritisieren"?

Soll es durch den Verbleib des Besitzes an den Produktionsmitteln in den Händen der Bourgeoisie sein, daß diese in den Dienst am Volk gestellt werden?

Wie kann man das Kazikentum (ländliches Bonzentum) und die Rolle des Klassenkampfs zu seiner Zerstörung ignorieren?

Wie kann man zur Eintracht aufrufen, ohne zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten zu unterscheiden?

4. Zur Konkretisierung dieser Phase der kritischen Analyse des Dokuments ist ein wesentlicher Punkt zu erwähnen, der von den Unterschreibenden nicht (?) vergessen wurde. Es handelt sich um den Drehpunkt der aktuellen politischen Situation und bezieht sich auf die zunehmende Wirkung des Faschismus. Konkrete Elemente zeigen, daß der Faschismus seine defensive Zurückhaltung aufgibt, um gezielt und eindeutig zur Offensive überzugehen – mit Gewalttätigkeiten und unverschämt am hellen Tag auftretend.

Es ist historisch bewiesen, daß gemäßigte Persönlichkeiten, die den Gewalttätigkeiten des Faschismus mit versöhnlerischen Positionen entgegentreten wollen, deren erste Opfer sind oder andernfalls zu Unterdrückern der Massen werden, die sie befreien wollen.

Vorschläge

Vorschläge

1. Ein revolutionäres Programm zur Lösung der Lage muß vor allem über die Verwirklichung des Bündnisses MFA-Volk laufen, dessen Garant die Führung der Arbeiter bei der Lösung ihrer Probleme ist. Ohne diese Beteiligung ist der Sozialismus unmöglich. Also muß man eine Organisationsstruktur der Volksmassen auf die Beine briggen, mit der Bildung und Anerkennung von Dorf- Fabrik- und Stadtteilräten; das müssen die Organe sein, mit denen die Werktätigen •Entscheidungen treffen können, um ihre eigenen Probleme zu lösen. Diese Machtorgane der Werktätigen müssen ein Instrument für wirtschaftliche Lösungen, für gesellschaftliche Planung (Schulen, Krankenhäuser, Wohnungspolitik, Verkehrsmittel) sein. Sie müssen schließlich die wahrhaften Organe der politischen Macht sein – die einzige Barriere, die fähig ist, sich siegreich der faschistischen und imperialistischen Aggression entgegenzustellen.

2. Wirksame Unterstützung für die Landwirtschaft, um rasch mehr Lebensmittel zu produzieren, deren Import gegenwärtig einen Faktor für das Defizit der Handelsbilanz darstellt. Planung der Landwirtschaft, Durchführung einer Agrarrevolution. Finanzielle und technische Unterstützung für die Bauern.

3. Sofortige wirksame Unterstützung der kleinen und mittleren Händler und Industriellen. Gleichzeitig Begünstigung von Genossenschaften und Kooperativen.

4. Portugal muß mit der Abhängigkeit vom Imperialismus Schluß machen – eine Abhängigkeit, die der Gund für die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist. Es muß aufhören, finanziell und technologisch von den imperialistischen Ländern abzuhängen, selbst wenn man dazu Industrien vorübergehend einstellen oder umwandeln müßte, die in unserem Land errichtet wurden, um die billige Arbeitskraft der portugiesischen Werktätigen auszubeuten.

Zu diesem Zweck muß man auch mit der Unterwerfung unter EG und EFTA Schluß machen, die eine Politik der Erpressung gegenüber Portugal praktiziert haben. Für eine Wirtschaftspolitik wahrhafter nationaler Unabhängigkeit muß unser Land:

a) sich anlehnen an die Länder der Dritten Welt bevorzugt die Zusammenarbeit mit den alten portugiesischen Kolonien betreiben, in neuen Formen der Gleichheit und Brüderlichkeit;

b) Handels- und Kooperationsbeziehungen aufrechterhalten und herstellen mit allen Ländern der Welt auf Grundlage des gegenseitigen Vorteils.

Unter diesen Bedingungen wird unser Land in der Lage sein, über die Blockade des Imperialismus zu siegen, durch dessen innere Widersprüche, von denen einer die öffentliche Meinung der betreffenden Länder ist und vor allem die Solidarität der betreffenden werktätigen Klassen und der Völker der Dritten Welt, für die unser revolutionärer Prozeß eine enorme Hoffnung und einen Faktor von Einheit und Kampf darstellt.

der Völker der Dritten Welt, für die unser revolutionärer Prozeß eine enorme Hoffnung und einen Faktor von Einheit und Kampf darstellt.

5. Das Problem der Hunderttausende von Arbeitslosen muß durch Wirtschaftsplanung gelöst werden. Dazu müssen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in der Bauindustrie geschaffen werden. Diese Politik wird große Schwierigkeiten und Opfer bringen, aber diese sollen von a l l e n geteilt werden; sie dürfen nicht nur den Werktätigen aufgebürdet werden.

6. In der Wohnungspolitik sollen die großen Besitzer angegriffen werden, die von der Spekulation leben. Die kleinen Besitzer sollen geschützt werden. Es sollen Höchstmieten festgesetzt werden – entsprechend Örtlichkeit, Bautyp usw. Dabei sollen die Bewohnerkomitees eine entscheidende Rolle spielen.

7. Garantie der medizinischen Dienste in der Provinz, u. a. unter Einsatz der Streitkräfte. Nationalisierung der Pharma-Industrie. Beschränkung der Zahl der Medikamente, die sich kaum noch dem Namen nach unterscheiden.

8. Es muß garantiert werden, daß alle wirklich den Grundunterricht erhalten.

9. Verschiedene Sofortmaßnahmen für die Landwirtschaft, Unterstützung der Angola-Flüchtlinge, Hilfe für Kinder, Alte und Invaliden, Förderung von durch die kapitalistische und imperialistische Sabotage geschlossenen Betrieben, Sicherung des Rechts auf Eigentum, soweit es nicht der Ausbeutung dient.

10. Freie Diskussion in den Massenmedien, ohne Einschränkung und jede Form von Manipulation, im Interesse der werktätigen Klassen.

11. Um die Durchführung dieses Programms zu garantieren, ist die Definierung der Exekutiv-Macht nötig, die dafür verantwortlich sein soll. Das müßte eine Übergangsmacht sein. Diese Übergangsmacht wird gebildet vom MFA und allen wahrhaft revolutionären Organisationen, die die Macht durch die Werktätigen proklamieren und verteidigen .... Dazu muß das Bündnis MFA-Volk garantiert werden. Dieses kann die politische Führung in der Übergangsperiode bis zur Verwirklichung der Nationalen Volksversammlung sein.

(Nach „Republica", 13. 8. Übersetzungen sind kursiv gedruckt, das normal gedruckte sind Zusammenfassungen).

Gespräch mit Genossen der SUV

Soldaten nordportugiesischer Kasernen haben begonnen, eine demokratische Organisation SUV aufzubauen (Soldados Unidos Vencerao – Soldaten vereint werden siegen).

Am 10. September machte die SUV, unterstützt von zahlreichen Basisorganen und politischen Organisationen, in Porto ihre erste Demonstration – mit mehreren zehntausend Teilnehmern.

Im Anschluß daran führten Genossen der italienischen kommunistischen Organisationen Lotta Continua mit Genossen der SUV das folgende Gespräch (nach „Lotta Continua", 13.9.75).

Auf welcher Grundlage ist eure Organisation entstanden?

Die SUV entstand als erste Antwort auf die Offensive der Reaktion in den Kasernen; sie entstand als Verbindung, als Bündnis zwischen verschiedenen linken Kräften in den Kasernen; bis heute gibt es noch keine klare programmatische Plattform.

Schon vorher gab es eine Zusammenarbeit zwischen den Soldatengenossen der verschiedenen linken Organisationen; das begann vor zwei Monaten. Also seit das Vorgehen der Reaktion drückend wurde, mit ständigen Ausschlüssen und „Säuberungen" gegen Genossen der Kasernen. Diese politischen Säuberungen erfolgten unter der Anklage, „parteiorientiert und daher spalterisch" zu sein.

In den Kasernen gab es damals keinerlei Organisationsform, nicht einmal in Ansätzen, und anfangs gab es keine Antwort auf die Angriffe. Sogar einige linke Offiziere in den Kasernen und im Hauptquartier der Region Nord sagten uns, daß es noch nicht der Zeitpunkt für eine Kraftprobe sei. Man müsse leider die Ausschlüsse hinnehmen und darauf warten, daß sich die allgemeinen Kräfteverhältnisse zwischen fortschrittlichen und reaktionären Offizieren ändern. Es kam soweit, daß wir innerhalb von zwei Monaten 40 Fälle von Säuberungen von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren hatten.

Das war ein erster Hinweis auf die Fälle von Säuberungen von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren hatten.

Das war ein erster Hinweis auf die Stärke der Reaktionäre in den Kasernen. Wir begriffen, daß diese Ausschlüsse auch dem General Corvacho den Boden unter den Füßen wegzuziehen drohten; das ist der General der Militärregion – ein Offizier, der stets auf seiten der Arbeiterkämpfe und der Bedürfnisse der Soldaten gestanden hat.

Später wurde die Taktik der Ausschlüsse verfeinert, mit Hilfe der Regeln der Militärdisziplin, die immer noch die faschistische ist. Die Genossen wurden mit Hilfe kleiner Verstöße gegen die Disziplin angegriffen, wie wir alle sie in dem in allen Kasernen Portugals herrschenden Klima ständig begehen. Eine Bestrafung nach dem Regeln der Militärdisziplin bedeutet oft die Entfernung aus den Kasernen auf dem Amtsweg. Das ist also eine subtilere, weniger offensichtlichere Form der Unterdrükkung.

Von hier ausgehend entstand eine Art Koordinierung auf der Ebene der Information zwischen allen Kasernen der Region Nord. So entwikkelte sich die konkrete Möglichkeit gemeinsamer Aktionen.

Beispielsweise, als sich die politische Krise zu verschärfen begann, fing diese Verbindung an, Waffen zu verstecken; es wurden Pläne zur Blockierung der Einsatzfähigkeit der Kaserenen für den Fall reaktionärer Revolten gemacht. Schließlich wurde Kaserne um Kaserne eine detaillierte Untersuchung vorgenommen, um geau herauszubekommen, auf welche Kräfte, auf welche Genossen wir zählen könnten.

Was war die politische Grundlage eures Vorgehens?

Diese ganze Aktivität geschah auf einer pragmatischen Basis, ohne Diskussion über programmatische Linien. Das bedeutet einerseits eine große Beschränkung, andrerseits aber auch einen Vorteil. Denn im Klima des Sektierertums und der Konfusion, das heute in der revolutionären Linken besteht, hätte eine Diskussion sofort diesen Prozeß blockiert.

(Das hätte z.B. die unfruchtbare Polemik der am meisten dogmatischen und sektiererischen Organisationen gegen die PCP entfesselt und in dieses Spaltungsmanöver die ganze breite Basis der Soldaten einbezogen, die auch in den Kaseren des Nordens mit dieser Partei sympathisieren.)

Auch die Organisationsformen waren sehr pragmatisch, ohne formale und vorgebildete Führung, die von den Erfordernissen unserer Arbeit abgeschnitten gewesen wäre. Wir wußten, daß die Reaktion viel besser organisiert ist als wir. Durch unser Informationsnetz entdeckten wir das Bestehen eines geheimen regionalen Kommandos. Wir bekamen heraus, wer die in diesen Plan verwickelten Kommandanten sind (....).

Diese Offiziere hatten ein Parallel-Kommando gebildet. Zu allen wichtigen Entscheidungen der Militärregion nahm dieses Kommando Stellung. So wurde Brigadegeneral Corvacho, ein sehr konsequenter linker Offizier, gezwungen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

In der Nacht des 31. Juli traf sich dieses Kommando, um den sofortigen Rücktritt von Vasco Goncalves und die Absetzung von Corvacho zu fordern, weil er „nicht repräsentativ für die Versammlungen des Militärs und des Volkes im Norden" sei. Darin waren fast alle Kommandeure der Nordregion verwickelt, nur eine Minderheit der Offiziere widersetzte sich diesem Manöver.

Als dann das Antunes-Dokument kam, stellten sich diese Offiziere voll auf seine Seite; in den Kasernen ließen sie darüber „abstimmen", wobei sie jede Diskussion als „parteipolitisch" verhinderten.

Aber in Porto und Braganza, wo es seit einiger Zeit Zellen unserer Genossen gibt, konnten wir eine rege Diskussion auch über dieses Dokument entwickeln. Das schlug sich bei den Abstimmungen in einer starken Opposition nieder.

Unmittelbar nach diesem Manöver wurde der Angriff auf Corvacho offen und frontal.

Dieses Kommando machte auch ein Treffen, wo zwischen diesen Offizieren ein „Blutschwur" unbedingter Solidarität stattfand; das ist nach dem Militärgesetz als regelrechte Meuterei strafbar.

Corvacho wurde nach Lissabon gerufen. Als seine Stellung als Kommandant bestätigt wurde und er nach Porto zurückkehrte, riefen diese Offizieren in sieben Kasernen den Alarmzustand aus – ohne natürlich die Soldaten über den Zweck dieses Manövers zu informieren. Bei dieser Gelegenheit schafften wir es allerdings, in den Vollversammlungen vieler Einheiten Resolutionen beschließen zu lassen, in denen die Unterstützung für Corvacho und die Entlarvung der Aktivität dieser Offiziere enthalten war, und wo auch gefordert wurde, daß nur eine Militärversammlung der Nordregion, in der die Soldaten die absolute Mehrheit haben, zum Fall Corvacho Stellung nehmen darf. Die Zustimmung zu dieser Resolution in den Vollversammlungen der Mehrheit der Kasernen der Militärregion Nord war ein erster wesentlicher Sieg.

Kannst du uns näher erklären, worum es bei der Frage des Verbleibs von Corvacho auf dem Kommando-Posten der Militärregion Nord ging?

Ich habe mich bei der Frage Corvacho aufgehalten, weil für uns wesentlich war, daß er Kommandant unserer Militärregion blieb.

Denn der Angriff auf ihn ist ein Angriff auf die Soldaten und es ist unbedingt notwendig, seine Stellung zu stärken, um zu verhindern, daß die Repression in den Kasernen durchkommt.

Das hat nichts zu tun mit der personalistischen Politik der PCP, die nur „Corvacho, Corvacho" rufen kann und darüber nicht hinaus geht, die nicht auf die Probleme der in Gang befindlichen Auseinandersetzung eingeht.

Es sollte auch nicht vergessen werden, daß es dem Handeln Corvachos zu verdanken ist, daß es möglich war, im Rathaus von Porto eine vollständige Kontrolle durch die Arbeiter- und Stadtteil-Kommissionen und durch die Delegierten der Versammlungen der Militäreinheiten durchzusetzen.

Die Verteidigung des Verbleibs von Corvacho bis zum äußersten, ist für uns also eine zentrale Frage unserer Taktik innerhalb der politisch-militärischen Kräfteverhältnisse hier im Norden.

Wie hat sich eure Organisation entwickelt, wie hat sie sich so rasch und mit so erstaunlichen Ergebnissen entwickeln können?

Mit der Entwicklung der Krise hörte die Rechte auf, Opposition zu spielen, sie trat direkt in die mehrheitliche Kontrolle der Macht ein, zumindest in den Streitkräften. Von diesem Moment an waren wir der Meinung, daß es eine wesentliche Notwendigkeit war, zu ständigen Organisationsformen überzugehen und ein Arbeitsprogramm festzulegen. Das beschlossen wir vor 15 Tagen und der erste Höhepunkt, den wir uns setzten, war diese Demonstration heute.

Hier im Norden haben wir nicht die Möglichkeit einer Arbeit, die langfristig angelegt sein kann, Kaserne um Kaserne. Wir standen und stehen vor der Notwendigkeit, von einer öffentlichen Darstellung unserer Stärke auszugehen, die alle jene Kräfte anspornen soll, die in den Kasernen auf unserer Seite stehen, aber die – da die Versammlungen der Einheits-Delegierten nicht funktionieren, weil sie von den Kommandanten lahmgelegt sind – sicher nicht durch eine geduldige Arbeit über persönliche Verbindungen zusammengeschlossen werden können.

Wir müssen uns unmittelbar zusammenschließen, in einem Kampf gegen die Zeit. Wir können uns nicht auf konspirative Arbeit beschränken.

Daher haben wir beschlossen, sofort drei Flugblätter zu machen und mit unserer Organisation an die Öffentlichkeit zu treten, um einen Anziehungspunkt für alle Soldaten zu bieten.

In den Flugblättern griffen wir die reaktionären Machenschaften der Kommandanten an. Wir entlarvten die Lüge der Offiziere, die behaupten, im Namen aller zu sprechen, ohne uns je gefragt zu haben. Wir betonten die Notwendigkeit, uns auch ausgehend von unseren materiellen Bedürfnissen als Proletarier in der Kaserne zusammenzuschließen.

Wir entlarvten öffentlich die Taktik dieser Offiziere, nämlich eine Kaserne gegen die andere auszuspielen. Unsere zentrale Parole war: „Kein Soldat wird seine Waffe auf einen Kameraden richten".

Vor allem wiesen wir darauf hin, daß die Offiziere nicht im Namen der Soldaten sprechen können und daß die Soldaten sich Gehör verschaffen müssen.

Wir haben es geschafft, Flugblätter in allen Kasernen von Porto und in fast allen Kasernen des Nordens zu verbreiten – natürlich intern und konspirativ – mit einer enormen Diskussion.

Daraus entstand ein Koordinationsgremium der Kommissionen für die Verteilung der Flugblätter und der Kommissionen für die Diskussion derselben.

In einer zweiten Phase gingen diese zentralisierten Kommissionen daran, ganz für die Organisierung der Demonstration zu arbeiten. Im Handumdrehen wurden wir begraben von einer Lawine von Unterstützungserklärungen seitens der Organisationen der Volksmacht, in einem verblüffenden Ausmaß.

Die Kommissionen riefen uns im Hauptquartier an und fragten: „Was ist das für eine Soldatenorganisation? Was können wir tun, um sie zu unterstützen?"

Alle Kasernen Lissabons und alle linken Kasernen im ganzen Land unterstützten uns massenhaft. Jede Kaserne des Nordens beteiligte sich mit zwei oder drei Vertretern pro Kaserne an dem Koordinations-Gremium. Es hieß auch, daß einige Offiziere uns offen unterstützten. Natürlich durfte auch diesmal das Sektierertum einiger Gruppen oder die offene Provokation anderer Gruppen nicht fehlen. Einige riefen dazu auf, unserer Initiative zu sabotieren, weil sie von „Sozialfaschisten" und „Volksfeinden" beherrscht würde.

Andere begnügten sich damit, das „Fehlen einer anti-sozialfaschistischen Ausrichtung" unserer Demonstration zu bemängeln; das hat sie veranlaßt (obwohl sie mit unseren Parolen einverstanden waren), schließlich Flugblätter zu verteilen, in denen zum Boykott aufgerufen wurde. Diese Genossen verstehen es nicht, von den Massen zu lernen.

Wie reagierte der Stabschef des Heeres, Fabiao?

Vor zwei Tagen hat Fabiao eine Anordnung geschickt, in der es hieß: „In der aktuellen politischen Phase ist es möglich, daß die Konterrevolution angreift; daher ist es unbedingt notwendig, die Dynamisierung zu entwickeln. Man soll Einheits-Versammlungen einberufen und die Berufsoffiziere gesellschaftlich und politisch ausbilden."

Gestern ist dann ein anderer Befehl telegraphisch angekommen: „Erfahren von Aktionen für Aufruf konterrevolutionäre Demonstration mit Flugblättern vorbereitet. Pflicht für Kommandanten aller Einheiten alle verfügbaren Mittel anzuwenden um – für Fortgang unserer Revolution – Stattfinden dieser Demonstration zu verhindern".

Dieser Befehl und das allgemeine Verhalten von Fabiao zeigen schon in sich selbst eine gewisse Schwäche. Fabiao gibt den Kommandanten Anweisung, Maßnahmen zu ergreifen; aber er hat nicht die Kraft, selbst Maßnahmen zu treffen, unmittelbar den frontalen Zusammenstoß zu suchen, wie er es z.B. mit der Anordnung des Alarmzustandes hätte machen können. Nicht zu reden von der Sprache, derer er sich bedienen muß.

Was für allgemeineAuswirkungen kann eure Demonstration haben?

Wir dachten, daß das größtmögliche Ergebnis die Stärkung der Massenorganisierung der Soldaten in den Kasernen sein würde. Aber dieser Erfolg übertrifft alle unsere Erwartungen; die heutige Demonstration wird direkte Konsequenzen auf der allgemeinen politischen Ebene haben. Alle müssen ihre Taktik angesichts dieses Kraftbeweises ändern; das gilt in erster Linie für die Reaktionäre mit ihren repressiven und spalterischen Machenschaften. Auch deshalb, weil das heute der erste Schritt einer Bewegung war, die sich in den nächsten Tagen auf ganz Portugal ausdehnen wird. Wir werden sofort einen Vorschlag für eine programmatische Plattform in allen Kasernen der Nordregion verbreiten; gleichzeitig werden wir unsere Verbindungen zu allen Kasernen des Landes ausbauen. Wir haben schon Kontakte zum RAL 1, Militärpolizei, RIOQ, Pionierabteilung, Marineinfanterie von Lissabon usw. usf.

Wir wollen diesen Prozeß beschleunigen, um so bald wie möglich einen Kongreß durchzuführen – konspirativ natürlich – wo wir die nächsten Kampfschritte festlegen. Nachdem wir einmal im Norden den Durchbruch erreicht haben, kann nichts das Wachsen der Massenorganisationen der Soldaten im ganzen Land aufhalten.

●



Demonstration vom 2o.8. in Lissabon

Manifest der Revolutionären Einheitsfront (FUR = „Frente de Unidade Revolutionaria“)

„Seit dem 11. März (gescheiteter reaktionärer Putschversuch – Anm. Red.), während der Wahlen und bis hin zu den letzten Ereignissen, beobachten wir die Entwicklung einer reaktionären Offensive der Bourgeoisie, um den revolutionären Prozeß zurückzudrängen und die erreichten Siege der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes zu zerstören.

Die Aufzwingung der bürgerlichen Wahlen, und die daraus folgenden Resultate für die Sozialdemokratie, die aufeinander folgenden Krisen der politisch-militärischen Machtorgane, die Ausnutzung der sozialen Situation im Zentrum und im Norden des Landes, die entfesselten Aktionen der klerikalen Hierarchie, das Erscheinen des ‚Dokuments der Neun‘ (das sog. ‚Melo-Antunes-Papier‘, Anm. Red.), die reaktionäre Ausbeutung der Probleme der Angola-Heimkehrer, die reaktionären Manöver innerhalb der Militär-Versammlungen sind die wichtigsten Merkmale dieser Offensive, die bisher mit der aktiven Unterstützung des Imperialismus gerechnet hat und rechnen wird, sei sie nun direkt oder aber durch wirtschaftliche und militärische Erpressung.

Da es unmöglich ist, in Portugal ein stabiles Regime bürgerlicher Prägung in „demokratischer“ Form zu errichten, ist es leicht verständlich, daß die sozialdemokratische Offensive objektiv dazu beigetragen hat, daß die faschistische Rechte sich wieder organisieren und ihre Positionen wieder erlangen konnte. Darum wird eine sozialdemokratische „Lösung“ der derzeitigen Krise unvermeidbar in einen faschistischen Putsch münden.

Die Arbeiterklasse, die Werktätigen und die zivilen und militärischen revolutionären und progressiven Kräfte sehen sich mit einer hemmungslosen Offensive der Bourgeoisie konfrontiert, die nur durch eine starke Antwort der Massen besiegt werden kann.

Die reaktionäre Eskalation drückt sich in folgenden Hauptaspekten aus:

Im militärischen Bereich

- Fortschreiten der Rechtskräfte, innerhalb des MFA, um seine Auflösung innerhalb der gesamten Streitkräfte zu betreiben, die heute noch dieselbe Struktur vom 24. April 1974 behalten haben.
- Unterordnung der ADUs (Vertreterversammlung der Einheiten, Anm. Red.) und GDUs (die nächste Ebene, Anm. Red.), um sie später aufzulösen, und eine hierarchische Befehlsstruktur, angeführt von reaktionären Offizieren, wieder herzustellen.
- Auflösung und Neutralisierung solcher Einheiten, deren Aktivitäten die Interessen der werktätigen Klassen zu verteidigen suchten. Siehe dazu das Beispiel der „5. Division“ (ehem. Propaganda-Abteilung des MFA, Anm. Red.), deren Aktionen – trotz begangener Fehler – ein positives Ergebnis gehabt hatten, was systematisch verleumdet wird.
- Isolierung – und in einigen Fällen gar Beseitigung – progressiver und revolutionärer Militärs, um die militärische Komponente der revolutionären Kräfte zu zerstören, die sich dem unmittelbaren Vormarsch der Rechten entgegenstellen könnten.
- Vorbereitung eines reaktionären Militär-Putsches, der durchgezogen werden würde, sobald die „institutionelle Offensive“ ihre Ziele erreicht hat.
- Die sogenannten „Neun“ und ihre Mitarbeiter wirkten – unabhängig vom Grad ihrer Vereinheitlichung – als Magnet für die gesamte Rechte (Faschisten und Sozialdemokraten) und haben dadurch die Basis für eine militärisch-politische Offensive geschaffen.



Pressekonferenz der Revolutionären Front. Von links nach rechts die Sprecher der Organisationen: Ezequiel Vicente von M.D.P./C.D.E., Francisco Vale von L.C.I., Pedro Goulart von P.R.P./B.R., Afonso Barros von M.E.S., Fernando Marques von L.U.A.R. und Rui Carneiro von F.S.P.

Im zivilen Bereich

- Politische Offensive der Sozialdemokratie zur Wiederherstellung der Koalition PPD/PS/PC auf Basis der Ergebnisse der bürgerlichen Wahlen.
- Ausnutzung der berechtigten Unzufriedenheit der kleinbourgeoisen und kleinbäuerlichen Sektoren, um sie gegen das Fortschreiten des revolutionären Prozesses zu mobilisieren.
- Versuch einer Konzentrierung dieser Sektoren der Bevölkerung um reaktionäre militärische Einheiten im Zentrum und im Norden des Landes.
- Vorbereiten des Bodens für eine Intervention der terroristischen Kräfte der ELP.
- Ingangbringen einer breiten Des-Informations-Kampagne durch die reaktionäre Presse, die lokalen Bonzen, die klerikale Hierarchie usw., um die Verwirrung und Beunruhigung innerhalb der Volksmassen voranzutreiben.
- Die Unterstützung des politischen Projektes, das von einigen COPCON-Offizieren unterzeichnet wurde (das sog. „COPCON-Papier“, vergl. Abdruck nebenstehend; Anm. Red.) durch die Werktätigen, sowie die deutlich gewordene Unterstützung für die Initiative zur Bildung der FUR (der „revolutionären Front“, Anm. Red.), haben die Bereitschaft der breiten Massen für die Revolution bewiesen; all dies zeigt offensichtlich das Bewußtsein, daß – um nichts zu verlieren – vorangeschritten werden muß.
- Es erweist sich als dringend, eine breite Offensive der Massen zu entwickeln, die die Werktätigen um ihre Volksmachtorgane vereinheitlicht und mobilisiert, um im revolutionären Prozeß ohne Zögern voranzuschreiten, um die Bourgeoisie zu besiegen, um den Staatsapparat zu zerstören und die Macht der Werktätigen aufzubauen. Dies dringende Ziel kann nur dann praktisch erreicht werden, wenn die verschiedenen politischen revolutionären Organisationen und alle revolutionären Kader ihre Bemühungen um Vereinheitlichung verstärken werden. Die revolutionäre Einheit ist von fundamentaler Bedeutung und unaufschiebbar.

Einheit in der Aktion

Die Frente de Unidade Revolutionaria (FUR), die wir für die Einheit in der Aktion durch die ihr zugehörigen politischen Organisationen jetzt aufbauen, will die Vereinheitlichung der Revolutionäre auf einer Plattform des revolutionären Kampfes, die die Arbeiter als ihre eigene akzeptieren.

Die Frente de Unidade Revolutionaria wird es ermöglichen, die Bemühungen aller Revolutionäre nach Zusammenschluß, um für die Verstärkung, Verbreiterung und Koordinierung der Volksmacht-Organe einen Impuls zu geben.

Die Frente de Unidade Revolutionaria ersetzt nicht die autonome Organisation der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen; die Rolle der „Front“ ist es, dazu beizutragen, daß die Volksmacht-Organe sich als immer bedeutsamer für die Machtübernahme durch die Werktätigen und für die revolutionäre Machtausübung des Proletariats erweisen.

Die Frente de Unidade Revolutionaria wird durch ihre Praxis dazu beitragen, daß die Klassenbündnisse, die das Proletariat für die Machtübernahme und für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft benötigt, zu stärken.

Die Frente de Unidade Revolutionaria stellt einen Beitrag zur Einheit der Organisationen der Klassen-Avantgarde dar, eine historische Notwendigkeit des Proletariats auf dem Weg zur revolutionären Machtübernahme.

Die revolutionäre Einheit zeigt den Volksmassen . . .

Die Frente de Unidade Revolutionaria zeigt der Arbeiterklasse, den Bauern, dem gesamten werktätigen Volk, den progressiven und revolutionären Soldaten, Matrosen, Unteroffizieren, den progressiven Studenten und Intellektuellen den Weg zur Massenoffensive, um die Sozialdemokratie zu besiegen und den Faschismus zu zerschmettern.

Die Frente de Unidade Revolutionaria zeigt den Volksmassen den Weg zum Kampf gegen Kapitalismus, für die Volksmacht, für den Sozialismus und für die nationale Unabhängigkeit gegenüber dem Imperialismus.

Die Frente de Unidade Revolutionaria zeigt den Werktätigen in der Stadt und auf dem Lande, den Soldaten und Matrosen den Weg zur Stärkung ihrer autonomen Organisationen der Volksmacht (Arbeiterkommissionen, Bewohnerkommissionen, Dorfräte und andere, Soldatenversammlungen, Matrosenversammlungen, Versammlungen der Delegierten der Einheiten).

Die Frente de Unidade Revolutionaria zeigt den Ausgebeuteten und Unterdrückten die Notwendigkeit, ab sofort die Kraft der Waffen mit dem organisierten Willen des werktätigen Volkes zu vereinen, die Verbreiterung und Realisierung von regionalen Distrikts- und regionalen Volksversammlungen mit der Perspektive einer Herausbildung der nationalen Volksversammlung.

Die Frente de Unidade Revolutionaria zeigt als sofortige Ziele des Kampfes der Volksmassen:

- die Organisierung ihrer Selbstverteidigung, insbesondere durch die Volksmachtorgane gegen den bewaffneten Angriff der kapitalistischen Reaktion;
- den Kampf für die sofortige Beseitigung aller putschistischen Faschisten und Sozialdemokraten innerhalb der Streitkräfte;
- den Kampf für die totale Versammlungs- und Organisations-Freiheit der Soldaten und Matrosen als einzige Form, um die ADUs tatsächlich revolutionär, demokratisch und repräsentativ werden zu lassen;
- den Kampf um exemplarische Unterdrückung aller Faschisten und Konterrevolutionäre, lokalen Bonzen und den reaktionären Klerus, die für die antikommunistische Gewaltwelle, die in vielen Gebieten des Landes sich entwickelt hat, verantwortlich sind;
- den Kampf, für die Einrichtung von Volksgerichten, die in der Lage sind, die Klassenjustiz der Ausgebeuteten und Unterdrückten über die Konterrevolutionäre auszuüben;
- den Kampf gegen die Macht noch existierender wirtschaftlicher Gruppen, für die entschädigungslose Verstaatlichung unter „Kontrolle“ der Werktätigen in großen Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben, in Banken und ausländischen Versicherungen im Sinne einer kollektiven Aneignung der Produktionsmittel;
- den Kampf für die Verbreiterung der Arbeiter„kontrolle“ über die Produktion und für die organisierte Kontrolle des werktätigen Volkes über die gesamte Wirtschaft;
- den Kampf für die Vertiefung und und Verbreiterung einer Agrar-Reform, die die Bedürfnisse und Hoffnungen der Landarbeiter, sowie der kleinen und mittleren Bauern auf revolutionäre Weise befriedigt, und zwar auf Basis der schon existierenden Volksmacht-Organe, nämlich der Dorfräte;
- den Kampf gegen die Entlassungen und für das volle Recht auf Arbeit;
- den Kampf gegen die Verteuerungen der Lebensbedingungen, denen das werktätige Volk in der Stadt und auf dem Lande unterworfen ist, da es den parasitären Zwischenhandel begünstigt;
- den Kampf für die nationale Unabhängigkeit vom Imperialismus und jeglichem politisch-militärischem Block auf der Basis einer Allianz der antiimperialistischen Länder und der militanten Solidarität mit den Werktätigen der ganzen Welt. Dies erfordert den sofortigen Austritt Portugals aus der NATO und das Ende des Iberischen Paktes;
- den Kampf für die revolutionäre Allianz der portugiesischen Werktätigen mit dem angolanischen Volk, repräsentiert durch seine einzige Befreiungsbewegung, der MPLA;
- die Forderung nach Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung und die Entlarvung ihres bürgerlichen Charakters;
- den Kampf für die Errichtung einer Regierung der revolutionären Einheit.“

Frente da Unidade Revolutionaria (FUR) (FSP, LCI, LUAR, MDP/CDS, MES, PRP-BR)

(Übersetzt nach „Diario de Noticias“, 11.9.75)



Revolutionäre Demonstranten grüßen die Arbeiter von Radio Renascenca

Demonstration vom 27.8. (Revol. Front einschließlich P.C.)

Aktionseinheit – eine schwierige Geburt

Dem Aufruf zur internationalen Solidaritätskampagne, der am 13. August von einem Genossen der Arbeiterkommission der Lisnave-Werft verlesen wurde, hatten in Lissabon selbst von westdeutscher Seite der Kommunistische Bund (KB), der Revolutionäre Kampf (RK) und die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) zugestimmt. Davon ausgehend, daß eine sorgfältige Vorbereitung dieser Solidaritätskampagne so schnell wie möglich in Angriff genommen werden mußte, informierten wir in unserer Presse unmittelbar danach über diesen Aufruf und forderten alle anderen kommunistischen und demokratischen Organisationen und Gruppen in der BRD auf, „diesen Vorschlag zu unterstützen und an gemeinsamen Aktionen, die noch festzulegen sind, teilzunehmen.“ (ARBEITERKAMPF Nr. 65 vom 18.8.75).

Gleichzeitig setzten wir uns mit denjenigen Organisationen in Verbindung, die den Aufruf bereits unterzeichnet hatten (RK und SAG), um die Herstellung einer Aktionseinheit sofort praktisch anzugehen. Das scheiterte daran, daß sich der RK zu einem kurzfristigen gemeinsamen Vorgehen nicht in der Lage sah (da müsse erst das Spontiplenum beraten), und die SAG zunächst einem von anderen trotzkistischen Gruppen (Spartacusbund und GIM) einberufenen Treffen den Vorrang gab, auf dem vor allem über die Schaffung von Portugal-Komitees debattiert werden sollte.

Eine Aktionseinheit für die in Lissabon vereinbarte Solidaritätskam-

von Portugal-Komitees debattiert werden sollte.

Eine Aktionseinheit für die in Lissabon vereinbarte Solidaritätskampagne kam hier in der BRD so erst auf Umwegen und unter mühseligen, scharfen Auseinandersetzungen zustande, obwohl noch in Lissabon von den Vertretern des RK, der SAG und unserer Organisation vereinbart worden war, sofort gemeinsam an die Planung und Koordinierung der Kampagne heranzugehen. Erst am 30. August gelang es schließlich, eine nationale Aktionseinheit zu bilden, an der folgende westdeutsche und in Westdeutschland vertretene ausländische Organisationen und Gruppen und Organisationen beteiligt sind:

Bund Demokratischer Jugend (BDJ)
CISNU
Gruppe Internationaler Marxisten (GIM)
Kommunistischer Bund (KB)
Lotta Continua
Portugal-Spanien-Gruppe Westberlin
Revolutionärer Kampf (RK)
Sozialistisches Büro (SB)
Spartacusbund

Eine besondere Kuriosität war dabei von vorneherein, daß die SAG wohl in Lissabon ihre Zustimmung zu der Portugal-Kampagne gegeben hatte, sich zuhause aber nicht sogleich dazu bekennen möchte, und stattdessen den Status eines Beobachters einnahm. Mittlerweile hat sich die SAG bei späteren Treffen auch zur vollen Teilnahme durchringen können.

Auf lokaler und regionaler Ebene sind darüberhinaus weitere Gruppen und Initiativen dazugestoßen. Keine Reaktion folgte hingegen, trotz besonderer Aufforderung, von Seiten des KBW und der DKP.

Die wichtigsten Vereinbarungen, der am 30.8. gebildeten Aktionseinheit besagen,

- daß die politische Grundlage der Lissaboner Aufruf ist;
- daß am 27.9. in Hamburg, Frankfurt, Hannover, Essen und Westberlin regionale Demonstrationen stattfinden sollen;
- daß die Solidaritätskampagne von einer Spendensammlung für die MPLA begleitet wird.

Die politischen Differenzen, die die Bildung dieser nationalen Aktionseinheit von vorneherein begleiteten, und die ein unterschiedliches Verständnis unserer internationalistischer Aufgaben charakterisieren, können nach wie vor nicht als ausgeräumt angesehen werden und erfordern eine öffentliche Diskussion.

1. halbherzige Zustimmung zum Lissaboner Aufruf

Die Anerkennung des Lissaboner Aufrufs als gemeinsame politische Basis für die Solidaritätswoche wird von einigen Organisationen nur für halbherzig verstanden.

Spartacusbund und SAG (obwohl selbst als Unterzeichner des Lissaboner Aufrufs verzeichnet) haben diesen Aufruf noch nicht einmal in ihren Publikationen veröffentlicht; das ist bislang nur von unserer Organisation und der GIM geschehen. Der Spartacusbund erklärte ohnehin nur vorsichtig sein Einverständnis „mit der Stoßrichtung“ des Aufrufs, welch feinsinniger Vorbehalt auch immer sich dahinter verbergen mag. Andererseits hat auch die GIM starke Vorbehalte angemeldet (vielleicht im Gegensatz zu ihrer portugiesischen Bruderorganisation LCI (?), die ja auch zu den Unterzeichnern des Lissaboner Aufrufs zählt), und wollte anfangs gar „Abänderungen“ daran vornehmen.

Das ist erstens schon grotesk genug, wenn man sich vor Augen hält, daß dieser Aufruf auf einer Massenkundgebung mit rund 7.000 Teilnehmern verabschiedet wurde und daß einer internationalen Vereinbarung von 20 portugiesischen Arbeiterkommissionen, 24 Bewohnerkommissionen, 4 COPCON-Kasernen, der Volksversammlung von Potinha, der Einheitsgewerkschaft Intersindical, 5 Organisationen der portugiesischen Linken, verschiedenen Vereinigungen in Portugal und insgesamt 18 nichtportugiesischen Organisationen darstellt. Zweitens ist es aber nicht weniger grotesk, wenn man sich näher anschaut, was denn die Vorbehalte der GIM sind:

Die GIM zitiert in ihrer „Was tun“ 84 eine Parole „gegen jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten . . .“ und bezeichnet diese als „eine grobe nicht-diplomatische Floskel“, weil sie zum einen „von niemanden (womit offenbar der Impe-

mischung in die inneren Angelegenheiten . . .“ und bezeichnet diese als „eine grobe nicht-diplomatische Floskel“, weil sie zum einen „von niemanden (womit offenbar der Impe-

rialismus gemeint ist) eingehalten wird und eingehalten werden kann“, und weil die GIM nicht gegen die „Einmischung“ der Revolutionäre des Weltproletariats“ sei'. Im gleichen Sinn halte die GIM auch die Parole „für die Neutralität des Mittelmeerraumes“ für „politisch falsch und desorientiert“. Außerdem sei dieses sowieso „unangebracht“, denn Portugal liegt, wie die Geographen der GIM scharfsinnig herausgefunden haben, nicht am Mittelmeer, sondern am Atlantik.

Derartige Einwände sind einfach unsinnig und ließen sich schnell aufklären, wenn die GIM den vollständigen Inhalt der „Nichteinmischungsparole“ widergeben würde: „Gegen jede Einmischung bei der Lösung der inneren Angelegenheiten Angolas, für die nationale Einheit und die völlige Befreiung Angolas“ und ebenso den Satz, der im Text des Aufrus selbst direkt im Anschluß an die Zurückweisung der (natürlich imperialistischen) Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas steht: „Die revolutionäre Unterstützung des revolutionären Kampfes des portugiesischen Volkes muß sich verbinden mit dem Kampf für die völlige Befreiung Angolas, für den Sieg der einzigen revolutionären und patriotischen Kraft, der MPLA.

Die Zurückweisung jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas richtet sich also gegen den Imperialismus und deren Statthalter (Mobuto, Zaire), die mit Hilfe solcher Söldnertruppen wie FNLA und UNITA die vollständige revolutionäre Befreiung Angolas verhindern wollen.

Und was die Frage der „Neutralität des Mittelmeerraumes“ betrifft, so scheint der GIM trotz guter geographischer Kenntnisse entgangen zu sein, welche Bedeutung der revolutionäre Prozeß in Portugal heute für die Schwächung des Imperialismus im Mittelmeerraum hat, und umgekehrt; wie der Imperialismus heute den Mittelmeerraum immer mehr zum Kriegs- und Krisenschauplatz Nr. 1 machen will, um sowohl seine Interessen im Nahen Osten zu sichern, als auch Putsch- und Kriegsvorbereitung gegen die Entwicklung einer revolutionären Arbeiterbewegung in Südeuropa (Portugal, Italien) zu treffen.

Die Forderung nach „Neutralität des Mittelmeerraumes“, die sich ebenso gegen niemanden als den Imperialismus richtet (vor allem der USA, die dort ständig ihre 6. Flotte in Einsatzbereitschaft hält), wird heute tatsächlich auch immer breiter von den Arbeitern in Portugal und Italien erhoben, weil sie (im Gegensatz zur GIM offenbar) sehr gut wissen, daß die Anwesenheit der US-Flotte und der anderen US-Stützpunkte im Mittelmeerraum gegen sie gerichtet ist.

2. Das Komitee(un)wesen

Nach dem „Vorbild“ der Chile-Komitees wollen vor allem die verschiedenen trotzkistischen Organisationen sogenannte Portugal-Komitees ins Leben rufen. Die SAG hat diesen Vorschlag offenbar sogar in Portugal selbst schmackhaft zu machen versucht, wie einer in ihrer Zeitung „Klassenkampf“ Nr. 49 abgedruckten Erklärung zu entnehmen ist, die offenbar in Lissabon auf der Veranstaltung am 13. August abgegeben wurde: „Für die BRD schlägt die SAG folgende Schwerpunkte vor: Gründung von nicht parteigebundenen Solidaritätskomitees in allen Orten . . .“.

Die GIM hat für die Komitees auch gleich einen „zentralen Koordinationsausschuß“ vorgesehen, „der durch Zusammenballung die Kräfte der Portugalbewegung vervielfacht“ („Was tun“ 84). Die Organisationen wollen gegenüber diesen Komitees eine „Initiativ- und Unterstützungsfunktion . . . und Koordinierungsfunktion auf zentraler Ebene“ haben. Einen „nationalen Portugalkongreß“ (der Komitees wahrscheinlich) hat die GIM auch gleich in der Hinterhand; und natürlich eine Portugalzeitung (die inzwischen auch existiert). Der Spartacusbund schließlich gibt seinem Komiteevorschlag noch die besondere Note, daß diese „die Möglichkeiten des Einwirkens in und auf die betreffenden (für eine

stiert). Der Spartacusbund schließlich gibt seinem Komiteevorschlag noch die besondere Note, daß diese „die Möglichkeiten des Einwirkens in und auf die betreffenden (für eine

imperialistische Intervention „brauchbare“) Teile der Bundeswehr zu untersuchen und die antimilitaristische Arbeit hier zu koordinieren“ haben („Spartacus“ Nr. 19).

Das ganze Komiteeunwesen hat namentlich in der Chilesolidarität seinen größten Aufschwung erhalten. Vor allem GIM und KBW gingen kurz nach dem faschistischen Militärputsch daran, allerorten solche Komitees zu gründen. Besonders für den KBW war dies ein willkommenes Gewand, um sich als Organisation aus der Chilesolidarität herauszuhalten und unter einem anderen Firmenschild (damit er keine direkte Verantwortung dafür zu übernehmen braucht) einen völlig opportunistischen Kurs zu steuern (nur zur Erinnerung: im letzten Jahr legten die Chilekomitees eine Plattform vor, in der die Verantwortung des Imperialismus für den Militärputsch ganz unerwähnt blieb; in diesem Jahr wurden dem MIR und unserer Organisation „Spaltung der Solidaritätsbewegung“ vorgeworfen, weil sie eine gemeinsame Veranstaltung ausdrücklich zur Unterstützung des revolutionären Widerstandes durchgeführt hatten). Letztlich hat sich die Bedeutungslosigkeit der Chilekomitees gerade anläßlich des 2. Jahrestages des faschistischen Putsches erwiesen, wo sie in kaum einem Ort zu irgendeiner öffentlichen (geschweige gar breiten) Aktivität in der Lage waren.

Weder bei den Chilekomitees noch bei den angepeilten Portugalkomitees kann man in irgendeiner Weise von „Basiskomitees“ (Spartacus), „nicht parteigebundenen Komitees“ (SAG) oder „Zusammenballung der Kräfte“ (GIM) reden. Derartige Komitees sind nichts weiter als ein Tummelplatz der betreffenden Organisationen und haben keine andere „Basis“ als die darin vertretenen Organisationen selbst. Aber offenkundig scheinen gerade diejenigen Organisationen immer wieder mit solchen Plänen zu kommen, die es aufgrund ihrer Politik nicht verstehen, selbst eine „Massenarbeit“ zu entwickeln und auf diese Weise eine bequeme „Lösung“ ihrer Schwierigkeiten erhoffen (daß nämlich andere Organisationen ihr Potential mit beisteuern).

Es ist unserer Auffassung nach die Aufgabe der revolutionären Organisationen selbst, die Aufgaben des proletarischen Internationalismus wahrzunehmen; das kann man nicht aus seiner Arbeit „ausgliedern“. Deshalb sind wir auch gegen jedes Konzept, eine „gemeinsame Portugalzeitung“ herauszugeben, was auch aufgrund der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Organisationen entweder ein fades Nachrichtenblatt wäre (damit niemand auf den Schlips getreten wird) oder bei Meinungsverschiedenheiten schnell in die Brüche gehen würde – oder beides. Stattdessen fordern wir alle Organisationen auf, verstärkt selbst in ihren Publikationen über die Entwicklung in Portugal zu berichten, sich damit auseinanderzusetzen und Dokumente zu veröffentlichen wie wir das in unserer Presse auch tun.

Die Vorstellungen des Spartacusbundes hinsichtlich des „Einwirkens in und auf die betreffenden Teile der Bundeswehr . . .“ (er schlug sogar eine nationale Demonstration vor, die in einer Stadt sein müsse, „wo die wichtigsten Stützpunkte der Bundesmarine sich befinden“), sind besonders wirklichkeitsfremd. Eine systematische (!) antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr ist beim heutigen Stand der Klassenkämpfe in unserem Land noch gar nicht möglich; es gibt auch keine einzige Organisation, die auf diesem Sektor etwas „vorzuweisen“ hätte. Wohl bemerkt: eine systematische Arbeit. Daß diejenigen organisierten Genossen, die ihren Wehrdienst ableisten, in der Kaserne ebenso wie anderorts mit einzelnen Soldaten über Portugal, die Nato, über die Einmischung des westdeutschen Imperialismus in Portugal usw. usf. diskutieren müssen, daß sie dort das demokratische und antifaschistische Bewußtsein stärken und – womöglich – auch eine revolutionäre Solidarität einzelner Soldaten (denn mehr ist nicht drin) erreichen müssen – das halten wir für selbstverständlich.

3. Die Frage der „nationalen Demonstration“

3. Die Frage der „nationalen Demonstration“

Eine heftige Auseinandersetzung gab es darum, ob eine oder mehrere Demonstrationen den „Höhepunkt“ der Solidaritätswoche in unserem Land bilden sollten. Dazu muß nochmal vorweg gesagt werden, daß in Lissabon die Vertreter des RK, der SAG und unserer Organisation übereingestimmt haben, daß zentrale Demonstrationen in mindestens (!) drei Orten stattfinden sollten; nämlich Hamburg, Frankfurt und Westberlin. Auf dem Treffen der Aktionseinheit am 30.8. wurde nun besonders von den Vertretern von Lotta Continua und der GIM, aber auch von den Vertretern des RK, die Forderung nach einer „nationalen Demonstration“ erhoben. Auch der Spartacus war bereits in seiner Presse für eine „nationale Demonstration“ eingetreten (nämlich zum Sitz der Bundesmarine . . .). Im Grunde ist die Frage der „nationalen Demonstration“ ein sehr altes Thema, zu dem wir schon mehrfach öffentlich Stellung genommen haben; aber wo von einigen Seiten offenbar wenig Lust besteht, sich endlich mal von den Tatsachen überzeugen zu lassen. Es ist eine Tatsache, daß eine „nationale Demo“ enorme Fahrtkosten verursacht, die man lieber gleich der MPLA als Spende überweisen sollte. Und es ist eine zweite Tatsache, daß durch eine „nationale Demo“ sehr viel weniger Menschen mobilisiert und auch sehr viel weniger „passiv“ teilnehmen würden (am Straßenrand, an Fenstern usw.), als durch mehrere gleichzeitige Demonstrationen an verschiedenen Orten (wo man dann auch unbedenklich regional mobilisieren kann). Der Vertreter von Lotta Continua warf uns wegen unserer Ablehnungen einer „nationalen Demo“ vor, der KB wolle (?!), die „Bewegung zersplittern“. Das Gegenteil ist der Fall: wirklich zersplittert wird „die Bewegung“ durch eine „nationale Demo“: nämlich in diejenigen, die an der Demonstration teilnehmen können und diejenigen, die es aufgrund von Zeit, Entfernung und Geld nicht können. Zu den letzteren werden auch insbesondere die gehören, die noch nicht in irgendeiner engeren Form einer Organisation oder ihrem Sympathisantenkreis angehören – weil es z.B. einen fortschrittlichen Arbeitskollegen in Hamburg absolut uneinsichtig bleiben würde (zu Recht!), daß er in Frankfurt statt in Hamburg auf die Straße gehen sollte. Was ist also schon die „Zersplitterung“ in mehrere Demonstrationsorte gegenüber der Zersplitterung in der Form, die einen nicht unbedeutenden Teil der Menschen von einer aktiven Solidarität mit dem revolutionären Prozeß in Portugal fernhält ?! Diese Überlegung sollte doch eigentlich denjenigen Organisationen und Genossen einleuchten, die sonst so gern das Schlagwort von der notwendigen „Aktivität der Basis“ im Munde führen. Faktisch verhindern sie eine größtmögliche Aktivität der Basis jedenfalls immer wieder durch ihren Popanz der „nationalen Demo“ (oder versuchen es).

Mehr Ehrlichkeit für Aktionseinheit notwendig!

Die Aktionseinheit ist auf die Portugal-Solidaritätswoche vom 21. bis 28. September begrenzt. Wir halten es auch gegenwärtig nicht für sinnvoll, auf nationaler Ebene ein Ständiges Komitee zur Portugalsolidarität einzurichten, wie es von einigen Seiten gefordert wurde (meist noch verquickt mit dem Aufbauplan für sogenannte „nichtparteigebundene Basiskomitees“ usw.). Gleichzeitig bekräftigen wir aber auch unsere Auffassung, in aktuellen Fragen der Portugalsolidarität wie auch in anderen Fragen des proletarischen Internationalismus und des Klassenkampfes in unserem Land am Prinzip der Aktionseinheit festzuhalten und ein gemeinsames Handeln zu entwickeln. Das wird – vor allem beim gegenwärtigen Stand der organisierten Linken in der BRD – nur bei gleichzeitiger verstärkter und offener Auseinandersetzung möglich sein. In diesem Sinne ist es mit dem Wunsch aufrichtigen, gemeinsamen Handelns verbunden, wenn wir auf folgende Beeinträchtigung der bestehenden Aktionseinheit hinweisen:

daß trotz der Vereinbarungen, die Zahl der regionalen Demonstrationen nicht verbindlich zu begrenzen, d.h. weitere als die in Hamburg,

- daß trotz der Vereinbarungen, die Zahl der regionalen Demonstrationen nicht verbindlich zu begrenzen, d.h. weitere als die in Hamburg, Frankfurt, Hannover, Essen und Westberlin nicht zu „verbieten“, das Zustandekommen einer weiteren Demonstration für den bayrischen bzw. nordbayrischen Raum am 27.9. in Nürnberg von einigen Seiten behindert wurde (in Nürnberg findet nun eine kleine Demonstration am 26.9. statt);
- daß trotz der Vereinbarung, im Rahmen der Solidaritätswoche eine Spendensammlung für die MPLA durchzuführen (auch auf ausdrücklichen Wunsch der portugiesischen Genossen selbst, wie die Vertreter von Lotta Continua seinerzeit übermittelten), teilweise Bemühungen im Gange sind, bzw. schon gelaufen sind (Essen, Westberlin), die Spendendsammlung in verschiedene „Projekte“ aufzusplittern;
- daß trotz der ausdrücklichen Vereinbarung, daß ein gemeinsamer Flugblattaufruf der nationalen Aktionseinheit zur Solidaritätswoche wegen der bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht sinnvoll ist, in der Zeitung der GIM (Nr. 84) genau gegenteiliges gesagt wird: „Alle Organisationen einigten sich auf einen gemeinsamen Aufruf, der für die Portugal-Woche gemeinsam verfaßt wird“.
  Sowohl in Hannover als auch in Frankfurt wurde ebenfalls die falsche Angabe verbreitet, daß es ein gemeinsames Flugblatt der nationalen (!) Aktionseinheit geben würde (u.a. von Vertretern des Spartacusbundes);
- daß trotz der Vereinbarung der nationalen Aktionseinheit zwischen den genannten Organisationen auf lokaler Ebene teilweise unter haarsträubenden Vorwänden ein Ausscheren unter Bruch der Aktionseinheit provoziert wurde: In Westberlin, wo der Spartacusbund mittlerweile ausgestiegen ist, nachdem sein Versuch mißlang, entgegen dem Lissaboner Aufruf eine Stellungnahme gegen die portugiesischen Revisionisten zum Bestandteil der gemeinsamen politischen Basis zu machen;
- in Hannover, wo SAG und GIM sich (vorläufig?) zurückzogen, weil der KB angeblich eine „MES-Jubelveranstaltung“ durchsetzen wolle, was absoluter Unsinn ist.

Wir halten es für wichtig festzuhalten, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit und das notwendige gegenseitige Vertrauen innerhalb einer Aktionseinheit unbedingt nur dann gewährleistet ist, wenn trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten die gemeinsam gefaßten Beschlüsse eingehalten werden.

Der Aufruf zu dieser Aktionseinheit richtete sich an alle anderen kommunistischen und demokratischen Organisationen in der BRD, die bereit sind, auf Grundlage der Lissaboner Resolution Solidarität mit dem revolutionären Prozeß in Portugal und dem Befreiungskampf des angolanischen Volkes zu praktizieren.

Fortsetzung letzte Seite

MPLA, Angola: Victoria Certa — Der Sieg ist gewiß!

Der Bürgerkrieg in Angola ist in seine entscheidende Phase getreten, die Kräfte des Imperialismus haben schwere Niederlagen erlitten und es zeichnet sich immer mehr die reale Möglichkeit ab, daß der Imperialismus nach Vietnam, Kambodscha und Laos in Südostasien sowie Guinea-Bissao, den Kapverdischen Inseln und Mozambique in Afrika nunmehr auch in Angola einer weiteren vernichtenden Niederlage entgegengeht. Angola wäre nicht nur flächenmäßig das größte Gebiet, was seit dem Ende des zweiten Weltkrieges aus den Klauen des Imperialismus befreit werden würde, sondern auch ökonomisch wegen seines Reichtums an Bodenschätzen (besonders Erdöl und Diamanten) und seines fruchtbaren Bodens (besonders Kaffee) der schwerste Verlust für den Imperialismus. Am bedeutendsten wären allerdings die politischen Veränderungen, denn ein befreites Angola würde das Lager der antiimperialistischen Kräfte in Afrika enorm stärken, insbesondere im südlichen Afrika – in Zimbabwe (Rhodesien), in Namibia (Südwestafrika) und in der „Südafrikanischen Republik". Der Befreiungskampf im faschistischen südlichen Afrika hätte in Mozambique und Angola ein sicheres Hinterland und damit eine wichtige Hilfe, seine momentane Offensive in Namibia und Zimbabwe zu beschleunigen.

Imperialistische Aggression auf breiter Front

Angesichts der Bedeutung Angolas und der Stärke der MPLA haben die Imperialisten äußerst massiv und langfristig ihre Vorbereitungen getroffen, Angola trotz des Niedergangs des portugiesischen Kolonialreichs weiterhin in Abhängigkeit und Ausbeutung zu halten. Ihre bedeutendsten Instrumente hierfür waren und sind im Einzelnen:

Eine starke Konzentrierung der portugiesischen Kolonialtruppen in Angola, ausgerüstet mit modernsten Nato-Waffen während der ganzen Jahre des Kolonialkrieges. In Angola waren über die Hälfte aller Kolonialtruppen stationiert, z.B. mehr als doppelt so viele wie in Mozambique!

Dazu kamen 600.000 „Weiße", von denen besonders die Siedler äußerst rassistisch und bis an die Zähne bewaffnet die alte Ordnung verteidigen, die heute teilweise geflüchtet sind, teilweise in den Reihen Zähne bewaffnet die alte Ordnung verteidigen, die heute teilweise geflüchtet sind, teilweise in den Reihen der pro-imperialistischen Söldner-Armeen FNLA und UNITA gegen das Volk kämpfen.

Die schärfste Waffe des Imperialismus sind zweifellos die beiden von ihm bereits in den 60-iger Jahren aufgebauten Södnerarmeen UNITA und FNLA. Beide hatten nachweislich so gut wie keine Auseinandersetzungen mit dem portugiesischen Kolonialregime. Über die UNITA ist nach dem Sturz des portugiesischen Faschismus enthüllt worden, daß sie unter direktem Befehl der portugiesischen Faschisten stand, wie aus einem der zahlreichen Briefe des UNITA-Chefs Savimbi an das Oberkommando der faschistischen Streitkräfte hervorgeht: *„Wir haben alles in unserer Macht stehende getan, um die Kräfte unseres gemeinsamen Feindes (!!) zu schwächen ... Wir haben einen aktiven Anteil an der Schwächung der MPLA in einigen Regionen des Ostens ... Wir werden (unsere Waffen) vollständig benutzen, um zu gewährleisten, daß die MPLA endlich gezwungen wird, den Osten zu verlassen ... Ich bitte Ihre Exellenz nochmals, mich mit mindestens 1.500 Schuß Kaliber 7,62 zu versorgen."* (Der gesamte, bisher bekanntgewordene Briefwechsel ist abgedruckt in „Afrique-Asie" 8.7.74)

Solcherlei Vergangenheit und der heutige militärische Kampf gegen die MPLA hat der UNITA regelrecht „Wellen der Sympathien", besonders von seiten der westdeutschen äußersten Reaktion im Springer-Blätterwald eingebracht.

Springers Afrika-Berichterstatter Germany (ehemals persönlicher Freund des berüchtigten Söldner-Führers „Kongo-Müller" und heutiger Propagandist der Faschisten Smith von Rhodesien und Voster aus der „Südafrikanischen Republik") läßt die weiße Reaktion in Angola Loblieder auf UNITA singen: *„Wir glauben noch an die Zukunft Angolas, weil wir an Savimbi glauben."* („Welt" 22.2.75)

Militärisch noch gefährlicher ist die vom US-Imperialismus über Zaire aufgebaute FNLA. Durch Zwangsrekrutierung (genauer gesagt Entführungen) angolanischer Flüchtlinge in Zaire, durch Anknüpfen an reaktionäres Stammesdenken, geprägt von der nordangolanischen schwarzen Aristokratie (Häuptlinge etc.), hat sich der Imperialismus eine mehrere tausend Mann starke Söldnerhorde aufgebaut, die mit dem Zusammenbruch des portugiesischen Faschismus im April '74 von Zaire aus in Angola einmarschiert ist. Mit hunderten von Millionen Dollars unterstützt, US-amerikanischen und französischen Waffen ausgerüstet und aufgefüllt mit regulären Soldaten der zairischen Armee, hat FNLA bereits heute mehrere tausend angolanische Freiheitskämpfer und Zivilisten ermordet. In die Dienste der FNLA getreten sind so namhafte Faschisten wie *„Major Alves Cardoso, einst Topman der portugiesischen Geheimpolizei in Angola, sowie Oberst Santos Castro, Bruder eines der letzten (faschistischen) Gouverneure Angolas und Führer der gefürchteten kolonialen Kommandoeinheiten."* („SZ", 1.9.75)

Die Reihe der imperialistischen Söldnerarmeen wird fortgesetzt mit der „FLEC", ebenfalls eine Truppe des zairischen Faschisten Mobuto, deren spezielle Aufgabe es sein soll, die erdölreiche Enklave Cabinda von Angola abzutrennen und so eine wichtige Lebensader Angolas Zaire einzuverleiben (ähnlich dem Vorgehen der Imperialisten in Zaire – ehemals belgisch Kongo – selbst, wo vor 15 Jahren die ökonomisch wichtigste Provinz Katanga abgetrennt wurde, und erst nach dem Sieg Kasa-Vubu/Mobutu über den antiimperialistischen Lumumba wieder eingegliedert wurde.) Zwar mußte die „FLEC" zwischenzeitlich restlos nach Zaire flüchten, jedoch stehen erneute Überfälle mit Hilfe der zairischen Armee ins Haus.

Seit Anfang August kämpfen reguläre Verbände der „Südafrikanischen Republik" im Süden Angolas gegen die MPLA. Mit dem zynischen Vorwand „den Cunene-Staudamm zu schützen" verhindern über 1.000 Mann starke Verbände die vollständige Befreiung der südlichsten Landstriche, die von UNITA und FNLA nicht mehr verhindert werden kann.

Ebenfalls von der „Südafrikanischen Republik" finanziert ziehen nicht mehr verhindert werden kann. Ebenfalls von der „Südafrikanischen Republik" finanziert ziehen mehrere hundert weiße Söldner zur Unterstützung der Konterrevolution mordend durch Angola. Diese skrupellosen Verbrecher („Gefangene widersprechen unserem Auftrag") werden u.a. geführt von Mike Hoare, der schon im Kongo-Krieg zu den zentralen Köpfen der faschistischen Konterrevolution gehörte.

Hierzu kommt noch eine vollständige Wirtschaftsblockade Angolas, die einen Großteil der industriellen Produktion zum Erliegen gebracht hat und in weiten Teilen Angolas – besonders in den städtischen Zentren – Hungersnöte ungeheueren Ausmaßes verursacht.

Ein Volk in Bewegung kann niemand aufhalten ! (Amilcar Cabral)

Dieser allseitige Aufmarsch des Imperialismus konnte bisher nur zurückgeschlagen werden, durch die Mobilisierung des gesamten angolanischen Volkes zum Bürgerkrieg gegen seine Unterdrücker. In einem Aufruf der MPLA (im Zentralorgan „Vitoria Certa" vom 26.7.) zur bewaffneten Offensive gegen die Konterrevolution heißt es:

Mobilisieren wir alle, aber auch alle Angolaner guten Glaubens für den Volkskampf!

Dies ist der geeignete Augenblick, dies ist wirklich der richtige Zeitpunkt, um unserem Volk, den Arbeiterklassen, der Allianz der Arbeiter und Bauern, den Intellektuellen, den Gewerbetreibenden, den Jugendlichen, dem Kleinbürgertum zu zeigen, welcher Weg uns bleibt, um ein wirklich freies, souveränes, wohlhabendes, vereintes und demokratisches Angola zu erlangen. Dieser Weg ist schwierig, aber wir müssen ihn gehen; und er hat auch schon einen Namen: Aktiver Volkskampf des Volkes für das Volk gegen die Feinde der wahren Demokratie. *Nicht das Volk von Angola will diesen Kampf, dies zu behaupten ist falsch; nicht die MPLA will diesen Kampf, dies zu behaupten, ist falsch.*

Dieser gerechte Kampf unseres Volkes unter der Leitung und mit der Orientierung der MPLA wurde uns einst von den Feinden unserer Freiheit *und unserer* wahren Demokratie *aufgezwungen.*

Die Arbeiter Angolas dürfen nicht erlauben, daß andere Angolaner unser Vaterland an die Imperialisten verkaufen; alle Angolaner guten Willens können und dürfen nicht zulassen, daß andere Angolaner die wahren Verteidiger der heiligen Sache des angolanischen Volkes töten; wir können nicht zulassen, daß die Unter- nen nicht zulassen, daß die Unter- *drückung der Angolaner fortgeführt wird, ohne daß wir sie bekämpfen.*

Diejenigen, die die Volksmacht bekämpfen, haben sich schon als erklärte Feinde der angolanischen Volksmassen gezeigt; diejenigen, die sagen, daß die Volksmacht vernichtet werden muß, wollen den Neokolonialismus, die Fortführung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Heute wie gestern ist der feste Wille nötig, den Feind zu besiegen. Aber dieses Ziel darf nicht nur auf dem Papier stehen. Dieses Ziel muß in der Praxis bestätigt werden.

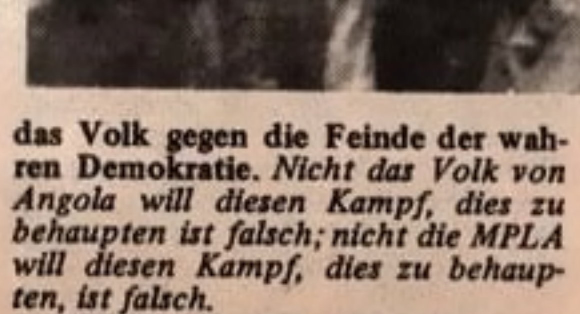
Heute und immer, da wir vor einem konkreten Feind stehen, dem Feind der wirklichen Demokratie und der Errungenschaften des antikolonialistischen Kampfes, heute besteht die höhere Form der konsequenten revolutionären Praxis für jeden einzelnen darin, sich, ohne Opfer zu scheuen, dem Kampf des Volkes gegen die Unterdrückung und die Teilung des Landes anzuschließen.

Die MPLA appelliert dringend an alle Angolaner gleichgültig welcher Rasse, welchen Geschlechts, ungeachtet ihres philosophischen oder religiösen Denkens, ihrer sozialen Herkunft oder ihres Vermögens, daß sie die Reihen derer verstärken, die den antiimperialistischen Kampf führen und gleichzeitig zum Nationalen Wiederaufbau beitragen.

Den Volkskampf führen, das bedeutet nicht nur, die militärischen Basen des Gegners zu zerstören. Dies allein würde uns gar nichts nützen. Den Volkskampf führen, das bedeutet, den Feind völlig zu vernichten, um eine gesunde und unabhängige angolanische Nation zu schaffen, die angolanische Nation zu schaffen, die *die Grundlage der wahren Demokratie ist.*

Heute besteht der hauptsächliche Widerspruch in Angola darin, daß die angolanischen Volksmassen im Land selbst unterdrückt werden, von Unterdrückern eines neuen Typs. Und so besteht die allererste Aufgabe für alle Progressiven, Demokraten, Christen darin, diesen Hauptwiderspruch durch den Kampf zu lösen. Das ist unsere politische Linie, unsere Aktionslinie für die gegenwärtige Phase.

Alle, aber auch alle Angolaner guten Willens, laßt uns den Volkskampf führen, für ein wohlhabendes, souveränes, einiges, starkes und demokratisches Angola!



Trainingslager der FAPLA

DER KAMPF GEHT WEITER!

Seit dem Beginn der (hier ausgerufenen) militärischen Offensive der MPLA hat das angolanische Volk erhebliche Erfolge errungen, von denen hier nur einige beispielhaft aufgeführt werden sollen:

- Am 14.7. wurde die Hauptstadt Luanda restlos von FNLA gesäubert. Diese Maßnahme, durchgeführt vom militärischen Arm der MPLA, der „FAPLA", und der „Poder Popular" (Basisorganisation der Massen) zeigten zugleich eine neue, offensive Haltung der MPLA, die bis dahin nur defensiv auf die Überfälle und Massaker von FNLA/UNITA reagiert, und auf die Erfüllung der „Verträge von Alvar" (Übergangsregierung, Entscheidung durch Wahlen etc.) orientiert hatte. Die militärische Offensive signalisierte gleichzeitig, daß sich die militanten und revolutionären Kräfte innerhalb der MPLA durchsetzen konnten.
- Noch im Juli wurden die Städte Noch im Juli wurden die Städte Salazar (250 km südöstlich Luanda), Luaela (170 km östlich Luanda) sowie Portugalia im äußersten Nord-Osten befreit.
- Im August erlangte MPLA die Kontrolle über die gesamte angolanische Küste einschließlich der großen Hafenstädte Novo Rotondo, Lobito, Benguela und Mocamedes.
- Ebenfalls im August wurde die größte Stadt Ost-Angolas Luso befreit.
- Im Süden konnte ein Großteil der Provinz Huila mit den städtischen Zentren Sa de Bandeira, Pereira Deca und Humbe von konterrevolutionären Truppen gesäubert werden.

Diese wenigen Beispiele genügen, um aufzuzeigen, daß die materielle und waffentechnische Unterlegenheit der MPLA durch die Verankerung im Volk, durch den Willen des angolanischen Volkes selbst, mehr als ausge-

Fortsetzung letzte Seite

Veranstaltungs-kalender der Portugal-Woche

27. 9. Hamburg: Regionale Demonstration: Beginn 11 Uhr Hansaplatz, Festveranstaltung 16.30 Uhr Kongreßzentrum Saal 1
Veranstaltungen der Portugalwoche der Region, in der zentral zur Hamburger Demonstration mobilisiert wird:
18. 9. **Bremerhaven** (Chile-Portugalveranstaltung)
19. 9. **Cuxhaven** (Chile-Portugalveranstaltung)
22. 9. **Aalhorn** (Chile-Portugalveranstaltung)
23. 9. **Westerstede**
23. 9. **Kiel**
24. 9. **Bremen** (Chile-Portugalveranstaltung)

weiterhin sind Veranstaltungen in **Mölln, Emden, Husum, Kappeln, Niebüll, Schafflund, Langballing** und **Torp** angekündigt.

27. 9. Westberlin: Demonstration: Beginn 12.00 Uhr Leopoldstr., Festveranstalung um 18.00 Uhr in der TU am 26. 9. 19.30 Uhr findet eine zentrale Veranstaltung im Audimax der TU statt
27. 9. Hannover: Regionale Demonstration: Beginn 11.00 Uhr Opernplatz, Festveranstaltung 17.00 Uhr TU
Veranstaltungen der Portugalwoche der Region, in der zentral zur Hannoveraner Demonstration mobilisiert wird:
20. 9. **Hameln**
22. 9. **Braunschweig**
23. 9. **Salzgitter**
24. 9. **Hildesheim**
25. 9. **Kassel**
26. 9. **Bielefeld**
27. 9. Essen: Regionale Demonstration: Beginn 11.00 Uhr Hauptbahnhof, Veranstaltung im Anschluß an die Demonstration

Veranstaltungen der Portugalwoche der Region, in der zentral zur Essener Demonstration mobilisiert wird:
23. 9. **Münster**
23. 9. **Aachen**
24. 9. **Duisburg**
25. 9. **Bochum**
26. 9. **Köln**

weiterhin ist eine Veranstaltung in **Neuss** angekündigt

27. 9. Frankfurt: Regionale Demonstration und anschließend Festveranstaltung

Veranstaltungen der Portugalwoche der Region, die zentral zur Frankfurter Demonstration mobilisieren wird:
16. 9. **Emmendingen**
22. 9. **Marburg**
22. 9. **Wyhl**
22. 9. **Stuttgart**
22. 9. **Freiburg**
23. 9. **Tübingen**
23. 9. **Aschaffenburg**
24. 9. **Karlsruhe**
24. 9. **Mannheim/Ludwigshafen**
25. 9. **Heidelberg**
25. 9. **München**
26. 9. **Pforzheim**
26. 9. **Mainz**
26. 9. Nürnberg: Regionale Demonstration Beginn 17.30 Uhr Schuckertplatz, Solidaritätsfest 19.00 Uhr Kommunikationszentrum

Aktionseinheit – eine schwierige Geburt

Fortsetzung von Seite 6

Von Seiten des KBW, der DKP und einiger regionaler Organisationen, wie dem „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (ehem. ABG-München), gibt es bis heute weder eine Teilnahme an dieser internationalen Solidaritätskampagne noch überhaupt eine offizielle Reaktion zu dem Lissaboner Aufruf. Das Verhalten der Führungsorgane dieser Organisationen muß als offene Sabotage der Solidarität mit der portugiesischen Revolution verurteilt werden.

Was den KBW betrifft, so rührt seine Enthaltsamkeit offensichtlich u.a. daher, daß er hartnäckig an seiner zynischen Position festhalten will, die proimperialistischen Söldnerheere der FLNA und der UNITA, die für grausame Massaker am angolanischen Volk und an revolutionären Kämpfern direkt verantwortlich sind, mit der MPLA auf ein und dieselbe Stufe zu stellen und sie als „gleichberechtigte Befreiungsbewegungen" zu bezeichnen. Abgesehen von einigen unbedeutenden Ausnahmen, und abgesehen leider von der chinesischen Außenpolitik, ist der KBW mit dieser makabren Ansicht aber glücklicherweise innerhalb des internationalen revolutionären Lagers recht isoliert. Ebenso ist seine Enthaltsamkeit wohl daher zu verstehen, daß der KBW zu sehr mit Volksentscheid und Parlamentseröffnungsfragen beschäftigt ist, als daß für so „belanglose" Dinge wie den proletarischen Internationalismus überhaupt noch Zeit hätte. In der Solidarität mit dem Widerstandskampf des chilenischen Volkes hat er sich schließlich nicht anders verhalten.

Was die DKP betrifft, so beweist sie erneut ihre grundsätzlich s e k t i e r e r i s c h e Haltung in der Frage der Zusammenarbeit mit revolutionären Organisationen.

Es ist zu befürchten, daß die DKP-Führung ihre schädliche Haltung nicht einmal dann aufgeben wird, wenn der Imperialismus neue offene Putsch-Abenteuer gegenüber der portugiesischen Revolution unternehmen wird – das war auch beim Militärputsch in Chile nicht anders.

Wir sind aber auch überzeugt, daß diese Haltung sowohl der KBW- als auch DKP-Führung letztlich bei den aufrichtigen Genossen dieser Organisationen keinen Anklang finden wird, und fordern diese Genossen auf, an den Aktionen der internationalen Solidaritätswoche teilzunehmen und dazu beizutragen, daß **Portugal nicht das Chile Europas wird.** ●

KB/Gruppe Frankfurt

MPLA, Angola: Victoria Certa – Der Sieg ist gewiß!

Fortsetzung von Seite 7

glichen werden. Allerdings zahlte das angolanische Volk für seinen Kampf gegen die Lakaien des Imperialismus einen hohen Blutzoll. Der Bürgerkrieg in Angola hat bisher schon über 20.000 Todesopfer gefordert, das ist mehr als die portugiesischen Kolonialfaschisten je angerichtet haben!

Volksmacht in den befreiten Gebieten

In den befreiten Gebieten wird die politische Macht von „Poder Popular" (Volksmachtorganen) ausgeübt. Über die prinzipielle Bedeutung dieser „Volksmacht" und ihr Zustandekommen schreibt „Vitoria Certa" (19.7.75):

„Die Organisierung der Volksmacht muß unbedingt an allen Orten geschehen, an denen das arbeitende Volks sich trifft, damit es der Reaktion die Stirn bieten kann, die in diesem Augenblick unser Land unterwerfen will.

Die angolanische Nation muß einen Block bilden, eine feste Mauer, gegen die Überfälle des Imperialismus, der in unserem Land den Neokolonialismus errichten will, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen besser fortführen zu können.

Um sich der schrecklichen Maschine der imperialistischen Ausbeutung entgegenzustellen, kann nichts stärker sein als die Errichtung der Volksmacht, die Macht der Unterdrückten gegen die Macht der Unterdrücker.

Daher ist die Errichtung der Volksmacht unerläßlich, damit das Volk den Kampf gegen den Imperialismus und seine Lakaien gewinnt. (...)

Wenn in einem Dorf, in einer Fabrik, in einem Büro, in einem Stadtviertel oder in einer Schule sich alle Personen in **Versammlungen** *treffen, um ihre Probleme zu diskutieren (...), ist das Volk bereits dabei, die* **Volksmacht** *zu organisieren.*

In den **Versammlungen** *können alle sprechen, können alle Kritik üben, damit Irrtümer korrigiert werden können ... In diesen* **Versammlungen** *wird demokratisch eine* **Kommission** *gewählt, die dieses Volk dieses Ortes in anderen Treffen mit anderen Versammlungen anderer Örtlichkeiten vertritt, und in denen Probleme diskutiert werden, die alle ... haben.*

Die Wahl *der* **Kommission** *muß* **demokratisch** *sein, d.h. die Kommission muß von einer Mehrheit gewählt werden, und alle müssen wissen, daß sie die Interessen des Volkes vertritt,*
werden, und alle müssen wissen, daß sie die Interessen des Volkes vertritt,
das sie wählte und das sie vertritt. Die **Kommission** *würde nur das sagen, was das Volk will.*

Wenn sich gewählte **Kommissionen** *bilden, ist die Volksmacht schon im Gange.*

Das Volk, das in Versammlungen vereint ist, bildet schon die Volksmacht.

Die **Volksmacht** *ist eine große Macht, über die das Volk verfügt, wenn es gut organisiert ist. Die Mächtigkeit der Volksmacht ist tausendmal größer als die Kanonen der Reaktionäre, und tausendmal größer als die Flugzeuge und Waffen, die die Imperialisten ihren Lakaien geben, damit sie das Volks beherrschen.*

Ein unorganisiertes Volk kann leicht beherrscht werden, aber es ist **unmöglich**, *ein organisiertes Volk zu vernichten. Deswegen weiß das Volk, wenn es sich in* **Versammlungen** *organisiert, stellt es eine große Kraft dar, hat es eine starke Waffe (...).*

Die Volksmacht ist nicht der Anarchismus!

Die **Volksmacht** *ist die Macht des organisierten Volkes, das in den Versammlungen beschließt, welcher Weg besser ist, und das den schlechten Weg verwirft. Die* **Volksmacht** *ist* **Ordnung!**

In den Dörfern, in den Hütten, in den Weilern, in den Stadtvierteln, laßt uns Volksversammlungen abhalten, damit wir von den Problemen unseres Landes sprechen, damit wir laut protestieren gegen den Neokolonialismus und seine angolanischen Angenten, die Verräter des Volkes sind, und die uns von neuem den Faschismus aufzwingen wollen!

Laßt uns Volkskommissionen wählen, Wortführer und Ausübende der Bestrebungen der Volksmassen!

Laßt uns die demokratischen Freiheiten wieder erlangen, die uns die angolanischen Faschisten rauben wollen!

Laßt uns unseren Kampf für ein demokratisches und Volksangola verstärken!

Laßt uns überall unsere Organisation um unsere revolutionäre Avantgarde – die MPLA – verstärken!

Laßt uns Aktionsgruppen der MPLA an unseren Arbeitsplätzen und Wohnvierteln organisieren, die alle Prozesse des Kampfes gegen die Ausbeutung und gegen die faschistische Unterdrückung leiten müssen. Wir gönnen unseren faschistischen Feinden keine Ruhe.

Wenn wir organisiert sind, kann uns kein Feind besiegen, mag er so stark sein wie er will!"

In Luanda werden heute bereits nahezu alle Aufgaben einer proletarischen Macht selbständig bewältigt:

- Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Besonders den Anbau von Nahrungsmitteln in kleinen Gärten der Vorstädte und ihre Verteilung;
- Organisierung der Hygiene. Z.B. Regelung der Müllabfuhr; bewaffnete Kinder jagen Ratten (man lernt gut zielen!)
- Elementare Versorgung der Kranken und Verwundeten
- Organisierung von „Volksschulen", wo Alphabetisierung und politische Schulung stattfinden
- Und den Einsatz der Selbstverteidigungsgruppen, die in kleinen, beweglichen Trupps durch die Straßen patroullieren.

Diese Kräfte zu zerschlagen macht eine relativ lange Phase des Volkskriegs notwendig.

„In dieser neuen Etappe kämpfen wir gegen die Reaktionäre im Land, die eng mit dem internationalen Imperialismus verbunden sind, kämpfen wir, um einer kleinen privilegierten Minderheit und dem Imperialismus die politische Macht zu entreißen, kämpfen wir dafür, daß die Arbeiter und Bauern die Macht erlangen und das Land führen, kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der es wirkliche Demokratie für das Volk gibt, in der die Feinde des Volkes einer grausamen Diktatur unterworfen sind, nämlich die angolanischen Lakaien des Imperialismus. So ist das Ziel, das unser Volk erreichen muß, die Vertreibung der internen Lakaien des Imperialismus, das Entreißen der Macht aus den Händen der Feinde des Volkes, die Erlangung der Macht durch das Volk, und die Errichtung der Volksdemokratie ...

Wenn die FAPLA in enger Verbindung mit dem Volk in der Praxis stark sind, wirklich revolutionär und antiimperialistisch, wenn die politische Arbeit der Mobilisierung und Organisierung der Volksmassen verstärkt wird, wenn wir im ganzen Land die Kommissionen zur Selbsverteidigung und die Volksmilizen ausbauen in Verbindung mit den Orga-



Befreite Gebiete der MPLA (schraffiert)

So waren es „Poder popular"-Gruppen, die kürzlich die FNLA-

nen der Volksmacht,wenn wir eine richtige politische Linie verfolgen.

So waren es „Poder popular"-Gruppen, die kürzlich die FNLA-Büros in Luanda in Schutt und Asche legten.

In „Poder Popular" spiegelt sich heute die zukünftige Gesellschaftsordnung des befreiten Angola – die „demokratische Volks-Diktatur" (Demokratie für das Volk, Diktatur über die Lakaien des Imperialismus) wider!

Unterstützen wir die MPLA!

Der Imperialismus forciert gegenwärtig seine Anstrengungen in Angola, um noch einmal das Blatt zu seinen Gunsten zu wenden. Die Bedeutung Angolas für den Imperialismus bestimmt sein brutales Engagement und verringert die Möglichkeit einer schnellen und umfassenden Befriedung des ganzen Landes.

Für die angolanische Revolution bestehen akute Gefahren:

- Bei einer Rechtsentwicklung in Portugal könnten die portugiesischen Kolonialherren ausländische Truppen (des Imperialismus) „zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung" auffordern, was diese sich sicherlich nicht zweimal sagen lassen würden.
- Ein Einmarsch der zairischen Armee von Norden ist nach wie vor zu befürchten, dies besonders, wenn die Imperialisten sich zur Teilung des Landes entschließen würden. Eine Teilung, die zumindest einen Teil des Volkes unter die faschistische Herrschaft Mobutos und der FNLA brächte.

Aber selbst wenn diese Möglichten nicht eintreffen, ist das Ende des Bürgerkrieges noch nicht absehbar. Immer noch versucht FNLA die Hauptstadt Luanda zu erobern; 15.000 FNLA-Mörder stehen nur 35 km vor Luanda. Teile Zentral- und Nord-Angolas sind noch in der Hand der Reaktion (vergl. Karte).

nen der Volksmacht,wenn wir eine richtige politische Linie verfolgen, **dann können wir die Gewißheit haben, daß nach dem langen Volkskampf die imperialistische Aggression zerstört ist und das unser Volk siegen wird."**
(FAPLA-Kommandant Kassingi in der MPLA-Zeitung „N' GOMA", Juli '75)

Verkürzen wir den Kampf und damit die Leiden des angolanischen Volkes durch die entschiedene finanzielle Unterstützung der MPLA! ●

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

SPENDEN FÜR DIE MPLA

Postscheckkonto:
Hamburg 240 595, J. Reents
Kennwort: MPLA.

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 25.000